

# BULLETIN

NUMMER 3 | SEPTEMBER 2020



- 
- \* 4 Abstimmung - Schweiz finanziert Kriege \*
  - \* 8 Kantonsrat - Corona-Steuerensenkungen \*
  - \* 12 Buch - Demokratie in Zug \*
  - \* 18 Verkehr - GEHsund \*
  - \* 24 Grünspecht - Freiheit im 21. Jahrhundert \*
-

## 2 Inhaltsverzeichnis

### 3 Editorial

Warum Politik?

### 4 Abstimmung

Schweiz finanziert Kriege

### 6 Abstimmung

Ich und die Konzerninitiative

### 8 Kantonsrat

Corona-Steuersenkungen

### 9 Nationalrat

Nichts für KleinverdienerInnen

### 10 Diversity

Weitblick über den Tellerrand

### 12 Buch

Demokratie in Zug

### 14 Buch

Blocher und Etter

### 16 Verkehr

Schwachstellen im Velonetz

### 18 Verkehr

GEHsund

### 20 Verkehr

Zu(g)fussverkehr

### 22 Demokratie

Generation X und Politik

### 24 Grünspecht

Freiheit im 21. Jahrhundert

### 25 Service

Gestreift

Kino

Veranstaltungen

Adressen

Impressum

### «Mission statement»

Das BULLETIN ist eine unabhängige Kommunikationsplattform des alternativen Zug und wird von folgenden Gruppen getragen:

Alternative – die Grünen Baar

Alternative – die Grünen Menzingen

Alternative – die Grünen Unterägeri

Alternative – die Grünen Stadt Zug

Alternative – die Grünen Zug

Forum Oberägeri

Grünes Forum Hünenberg

Grüne Risch-Rotkreuz

Grüne Steinhausen

Krifo Alternative Cham

Das BULLETIN setzt sich mittels seiner Publikationen ein für die Förderung und den Erhalt von Lebensqualität im Sinne von:

- Soziale Gerechtigkeit, Schutz von sozial Benachteiligten
- Ökologische Nachhaltigkeit, Schutz von Lebensräumen und der Natur

- Gleichwertigkeit von Geschlecht und Rasse
- Verantwortung des Einzelnen gegenüber der Gesellschaft und Verantwortung der Gesellschaft gegenüber dem/der Einzelnen.

Die Redaktion recherchiert zu politischen und gesellschaftlichen Themen nach bestem Wissen und Gewissen. Sie nimmt aktuelle Themen der alternativen Gruppierungen aus den einzelnen Zuger Gemeinden auf. Das BULLETIN fördert das politische Bewusstsein der Bevölkerung und trägt zur Meinungsbildung bei. Autorinnen und Autoren der BULLETIN-Beiträge sind frei in ihrer Meinungsäußerung.

**Redaktion und Herausgeberverein**  
«Das BULLETIN»

### Titelbild

Das Titelbild zeigt die Poststrasse Zug. In einem schweizerischen Städtevergleich wurden auch 45 Strecken in Zug bewertet. Lesen Sie mehr dazu auf den Seiten 18 bis 21.  
Foto Paula Gisler



# Warum Politik?

Mara Labud

*Weil man sich die Welt, sein Land, sein Zuhause anschaut und denkt, das muss doch besser gehen. Die aktuelle Lage ist nicht tragbar und wir können und müssen besser sein. Zu sehen, wie Menschen ungerecht behandelt werden, wie Menschenrechte mit Füßen getreten werden, insbesondere wenn es zu verhindern wäre, löst zumindest bei mir ein Gefühl der Falschheit aus, das sich eingräbt und nicht nachlässt, Druck aufbaut.*

*Bei der Auseinandersetzung mit der Vielfalt von Menschenrechtsverletzungen, -umgehungen und -missachtungen, im Studium, in den Nachrichten, gab es für mich zwei Optionen. Entweder abstumpfen, mich zurückziehen und den Kopf in den Sand stecken, oder mein Bestes geben, um wenigstens einen kleinen Beitrag zur Verbesserung zu leisten. Über Menschenrechtsverletzungen in einem Editorial für ein Zuger Magazin zu schreiben, mag überzogen und fehl am Platz wirken. Schliesslich ist Zug in der Schweiz, die Menschenrechte verankert, sowohl in der Kantons- als auch Landesverfassung. Und auch im Übrigen geht es uns ja gut. Keine Probleme, no Sir, nicht bei uns. Wir sind gut zu unseren Ausländern und Minderheiten. Mal davon abgesehen, dass unsere grösste Partei vor ein paar Jahren mit der Durchsetzungsinitiative versucht hat, ein Zwei-Klassen-Rechtssystem einzuführen, in dem Rechtsgleichheit und Verhältnismässigkeit, Grundprinzipien unserer Rechtsordnung, nicht mehr für Inländer ohne Schweizer Pass gegolten hätten. Mal von auch hier grassierendem Rassismus und Transphobie abgesehen. Zurück zu den Menschenrechtsverletzungen: Ja, es geht uns gut! Wir leben in vergleichsweise unglaublichem Wohlstand. Doch*

*woher kommt der Wohlstand? Betrachten wir exemplarisch ein paar Arten von hier ansässigen Firmen und Vereinen. Zum einen haben wir internationale Konzerne wie Glencore, welche gemäss dem Hilfswerk «Brot für alle» Profit aus der Ausbeutung von Minenarbeitern ziehen. 2008 erhielt der Konzern den «Public Eye Swiss Award» wegen der in Kolumbien verursachten Schäden an Umwelt und Bevölkerung im Umland seiner Minen. Das so verdiente Geld landet über die in Zug bezahlten Steuern in unseren Strassen, Schulen und Kran-kenhäusern. Wir profitieren von dem Leid anderer. Unschuld ist anders. Folgt man der Argumentation einiger bürgerlicher Politiker, scheint alles gut zu sein, was den Wohlstand vor Ort erhöht. Ziemlich zynisch, wenn dieser Wohlstand auf dem Rücken von ausgebeuteten Minenarbeitern gebaut und mit der Gesundheit von Kindern bezahlt wurde, die wegen falsch entsorgter Chemikalien krank wurden. Diese Inkongruenz ist für mich weder trag- noch aushaltbar. Da das Geld der so wirtschaftenden Firmen unter anderem in Zug landet, hat die Zuger Bevölkerung eine besondere Verantwortung, die ihr dadurch entstandenen, ungerechtfertigten Vorteile in eine Zukunft zu investieren, in der solche Vergehen nicht mehr möglich sind.*



*Das heisst: Sich bei uns vor Ort damit zu beschäftigen, wo das Geld herkommt, wo es hingehet und was wir bereit sind zu akzeptieren, um unseren Wohlstand zu behalten. Dann geht es ans Konsequenzen ziehen. Man könnte die Konzernverantwortungsinitiative unterstützen. Damit gebe es wenigstens einen Rechtsweg für die, deren Menschenrechte von bei uns beheimateten Konzernen verletzt werden. Man könnte im eigenen, privaten Umfeld darüber diskutieren und Aufmerksamkeit schaffen. In meinem Fall habe ich mich entschieden, das Sekretariat der ALG zu übernehmen und die politische Arbeit im Backoffice zu unterstützen. Allein haben wir keinen grossen Einfluss, zusammen aber können wir Berge versetzen. ■*

# Schweiz finanziert Kriege

Julia Küng, Co-Präsidentin Junge Grüne Schweiz

## 4 Die Kriegsgeschäfte-Initiative kommt im November 2020 zur Abstimmung. Sie will verbieten, dass mit Schweizer Geld Kriege finanziert werden. 2019 starben weltweit 75 600 Menschen in bewaffneten Konflikten.

Kriege wüten auf der ganzen Welt. Viele davon gehen in der Flut der Medienberichterstattung unter, und wir vergessen das tägliche Leid, das mit ihnen einhergeht. Sichtbar aber werden sie, wenn man den stetig steigenden Umsatz der Rüstungsindustrie betrachtet. Das Geschäft mit

Hinterbliebene einzurichten. Sie brauchen Geld, um Waffen und Wehrsysteme zu kaufen. Für die Kriege im Irak, Afghanistan und Pakistan beispielsweise haben die USA bis heute ungefähr 6,4 Trillionen US-Dollar ausgegeben. Pro Weltbürger\*in wurden 2019 fast 250

Grossbritannien mitarbeiten, werden an der Börse gehandelt. Schweizer Banken, Pensionskassen und auch die Nationalbank kaufen solche Aktien. So landet das Geld der Schweizer Bevölkerung in Firmen, deren Produkte auf der ganzen Welt auf Menschen gerichtet werden. 2016 beispielsweise hatte die Schweizerische Nationalbank mindestens 133 Millionen US-Dollar in die Firma Raytheon investiert – obwohl diese unter anderem Streumunition produzierte, ein international geächtetes Produkt. Als neutrales Land ist die Schweiz nicht in kriegerische Auseinandersetzungen involviert – zur Bewaffnung der Welt trägt sie dennoch bei. Hier setzt die Kriegsgeschäfte-Initiative an.



Die Schweiz ist indirekt in kriegerische Auseinandersetzungen involviert, sie trägt zur Bewaffnung der Welt bei.

dem Krieg floriert. Bevor Kriege und Konflikte tausenden von Menschen das Leben nehmen, ganze Kulturen vernichten und Landschaften zerstören, demokratische Strukturen überwerfen und die Zivilgesellschaft unterdrücken, müssen Kriege finanziert werden.

### Wirtschaftlicher Faktor

Kriegsparteien benötigen Geld, um Mobilmachungen und Truppenverschiebungen zu bezahlen oder Rentendepots für Veteran\*innen und

Franken für das Militär ausgegeben. Das entspricht gegenüber dem Vorjahr einer Steigerung von 3,6 Prozent und stellt 2,2 Prozent des globalen Bruttosozialprodukts dar. Die Rüstungsindustrie verdient am Geschäft mit dem Elend von Menschen und ist ein wichtiger wirtschaftlicher Faktor. Aktien von Rüstungsunternehmen wie Lockheed Martin, deren Kampffjets in Jemen und in Syrien eingesetzt werden, oder BAE Systems, die an den Nukleararsenalen von Frankreich, den USA und

### Nachhaltige Investitionen

Lange wurde behauptet, dass der Ausschluss von gewissen Wirtschaftszweigen aus Anlageportfolien die Rentensicherheit gefährden oder die Gewinne schmälern würde. Die Entwicklungen im Bereich der Steuerung von Finanzflüssen aber bestätigen das Gegenteil: Nachhaltiges Investieren ist nicht nur notwendig, sondern auch gewinnbringend. Auch der Bundesrat hat sich zu mehr Nachhaltigkeit bekannt und will, dass der Schweizer Finanzplatz zu einem führenden Standort für nachhaltige Finanzdienstleistungen wird. Die Rüstungsindustrie ist aus ökologischer Perspektive einer der gefährlichsten Sektoren überhaupt. Investitionen in die Rüstungsindustrie sind in keinem Fall mit einer zukunftsorientierten Haltung vereinbar.

### Krieg und Klima

Kriege bedeuten direkte Zerstörung der Umwelt und Infrastruktur durch Bombardierung und den Einsatz von Kampfmitteln. Auch zu Friedenszeiten zerstört das Militär Ökosysteme durch Bodenvergiftung bei Manövern und Versiegelung von Grünflächen für Militäranlagen. Ein



Nach dem Nationalrat lehnte auch der Ständerat die Kriegsgeschäfte-Initiative ohne Gegenvorschlag ab. Nun kommt die Initiative im November 2020 vors Volk.

Teil der Umweltbelastung von Kriegen und Kriegsvorbereitung ist der riesige Ressourcenverschleiss und die damit verbundenen Emissionen. Alle Armeen weltweit verursachen enorme Mengen an klimaschädlichen Emissionen bei der Produktion, dem Handel, dem Export und dem Transport von Waffen, aber auch bei Manövern, beim Einsatz selbst sowie den anschliessenden Besetzungen. Allein der Treibstoffverbrauch von Kriegsflugzeugen und Kriegsschiffen ist enorm. So verbrennt etwa ein Eurofighter ohne Nachbrennereinsatz ca. 70–100 Liter Kerosin pro Minute. Ein geografisch begrenzter Atomkrieg würde zu einer so starken Feinstaubbelastung führen, dass ein sofortiger radikaler Klimawandel ausgelöst würde. Die Temperaturen würden drastisch abnehmen und es käme zu einem nuklearen Winter. Dass die Klimakrise eine der grössten Bedrohungen für die Zukunft der Menschheit darstellt, ist unumstritten. Logischerweise müsste also jede ehrlich gemeinte Sicherheitspolitik die Bekämpfung der Ursachen und Auswirkungen der Klimakrise ins Zentrum stellen. Der internationale Rüstungswettkampf jedoch trägt nichts bei für die Stärkung der Zivilgesellschaft oder von demokratischen Strukturen, er führt vielmehr zu einer Beschleunigung

der Klimakrise – und diese wiederum vertreibt heute schon Leute von ihren ausgetrockneten Feldern, zwingt sie in die Flucht vor Flächenbränden und Überschwemmungen. Kriege zerstören unsere Biosphäre und gleichzeitig führt die Klimakrise zu knapperen Ressourcen, wodurch mehr bewaffnete Konflikte entstehen. Und schlimmer noch: Das Militär geniesst Privilegien, die das Umweltrecht aushebeln. Besonders manifestiert sich dies darin, dass die Armeen systematisch aus den internationalen Klimaabkommen ausgeklammert sind. Auf Druck der NATO-Staaten wurden Armeen weder im Kyoto-Protokoll noch in andern UN-Klimadokumenten einschliesslich der Charta von Paris erwähnt. Dazu kommt, dass Militär und Kriege riesige finanzielle Mittel beanspruchen, die wir für die Lösung der Klimakrise bräuchten. Eine Abrüstung könnte Gelder für Klima- und Umweltschutz freigeben.

#### Die spezielle Position der Schweiz

Die Schweiz hat einen der grössten und bedeutendsten Finanzplätze weltweit. Die Stadt Zürich ist gemäss dem Global Financial Centers Index 20 auf Platz 14 der 108 wichtigsten Finanzmarktzentren. Ganze 27 Prozent des weltweiten grenzüberschreitenden Vermögens werden in der Schweiz

verwaltet. Zu den privaten Banken und Versicherungen kommt die Schweizerische Nationalbank, der Ausgleichsfonds der AHV und knapp 1600 Pensionskassen. Private und öffentlich-rechtliche Einrichtungen der beruflichen Vorsorge verfügen zusammen über eine Bilanzsumme von mehr als 876 Milliarden Franken. Obwohl einzelne Institutionen Richtlinien zu ethischen Anlagen oder Handlungen kennen, werden Investitionen in die todbringende Rüstungsindustrie nur von ganz wenigen Akteuren konsequent ausgeschlossen. Die Folgen daraus: Unser Pensionskassen- und Vorsorgegeld landet in der Rüstungsindustrie. Und deren Produkte landen überall – und überall auf der Welt zerstören sie Leben, Kultur und Umwelt.

#### JA für Frieden und Zukunft

Mit der Kriegsgeschäfte-Initiative bietet sich uns die Möglichkeit, die Interdependenzen des weltweiten Wettrüstens und der Klimakrise aufzuzeigen. Mit einem JA zur Kriegsgeschäfte-Initiative werden jene Schweizer Werte gestärkt, die Zukunft haben: Respektvoller Umgang mit Gesellschaft und Umwelt, Weitsicht, Solidarität. Die Initiative fordert, dass in der Schweiz verwaltetes Geld nicht dort angelegt wird, wo die Menschheit davon Schaden nimmt. Investitionen in die Rüstungsindustrie tun dies in dreifacher Weise: Die Produkte der Rüstungsindustrie dienen einzig dem Ziel, Menschen möglichst effizient zu kontrollieren und zu töten. Sie verpesten dabei in unvergleichbarer Manier die Umwelt und tragen so dazu bei, dass neue Konfliktherde entstehen. Die Überbewertung der militärischen Aufrüstung als sicherheitspolitisches Element führt dazu, dass Geld für die wirklich grosse Sicherheitskrise unserer Zukunft fehlt, den Klimawandel. Die Kriegsgeschäfte-Initiative ist unsere beste Chance, dies zu ändern. Stimmt JA im November – unbedingt. ■



# Ich & die Konzerninitiative

Fabian Gubser

6 «Und woher kommst du?» Da ist sie wieder, diese Frage, die mich bei Begegnungen im Ausland jedes Mal unangenehm berührt. Nicht intensiv, aber doch konstant auf spürbarem Niveau. Ich hole aus und erkläre. Früher begann ich mit den schönen Seiten des Kirschkantons: der Nähe zum See, den immer allerneuesten Modellen der ZVB-Busse und schloss dann entschuldigend mit einem Verweis auf diesen einen grossen Konzern (siehe Kasten).

Mittlerweile bringe ich den unangenehmen Part gleich am Anfang hinter mich und verweile dann bei der Topografie, der wunderschönen Kombination von Alpen und Flachland, der hohen Lebensqualität und der Nähe zur weltoffenen Stadt Zürich. Ich verstehe noch immer nicht, wieso sich nur wenige ZugerInnen für die menschenrechtsverletzenden und umweltschädigenden Tätigkeiten der hier ansässigen Grosskonzern interessieren («besser wir als andere»/«Arbeitsplätze imfall»). Man lässt eine Vertreterin des einen, speziell umstrittenen Grosskonzerns sogar eine offizielle 1.-August-Ansprache in der Gemeinde Baar halten, das war im Jahre 2018. Naja, wir leben in einem der demokratischsten Länder der Welt, das sich, zumindest auf internationalem Parkett, für die Einhaltung der Menschenrechte einsetzt. Für mich persönlich ist es eine der grossen Fragen des Lebens, wie Menschen diesen Widerspruch innerlich ausgleichen können.

## Gleichgesinnte im Lokalkomitee

2019. Im Zeitalter, in dem auch NGOs fleissig Daten sammeln und kaufen, erhielt eine Bekannte von mir die Anfrage, ein Lokalkomitee zur Unterstützung der Konzernverantwortungsinitiative (KOVI) zu gründen. Nur – sie hatte keine Zeit. Ich schon. Für das erste Treffen konnten wir immerhin fast ein Dutzend Personen zusammentrommeln. Ich war überrascht, dass sich in meinem Dorf ein paar Gleichgesinnte fanden, die ich noch gar nicht kannte. Gleich fühlte ich mich weniger alleine im konservativen Kanton Zug!

Das Initiativkomitee hat mich mit seiner pragmatischen Art, Bündnisse zu schliessen, überzeugt: Nicht nur Linke, sondern auch Mitte-PolitikerInnen und bürgerliche PolitikerInnen sprachen sich damals und sprechen sich heute öffentlich für die

hatte, stellte ich mich mit anderen Freiwilligen zum ersten Mal auf die Strasse, um Unterschriften gegen eine Glencore-Mine in Peru zu sammeln, die Umwelt und Menschen mit Schwermetallen vergiftete. Anfangs ein wenig aufgeregt, bald positiv überrascht von der Offenheit der meisten, und am Schluss überzeugt, dass es diesen direkten Austausch noch viel häufiger braucht.

## Geheimtipp Gemeindeversammlung

Die Mitwirkung im Lokalkomitee motivierte mich auch, in meiner Gemeinde politisch aktiv zu werden. An



KOVI aus (zugegeben, im Kanton Zug gibt es noch Luft nach oben). Sogar viele Kirchen und deren AnhängerInnen zeigen Flagge. Aber auch hier ist Zug eine Ausnahme: Die Zuger KatholikInnen und Reformierten hielten sich bis jetzt – bis auf wenige Einzelne – vornehm zurück. Nachdem ich bereits bei zwei friedlichen Demonstrationen gegen diesen grossen Konzern teilgenommen

einer Gemeindeversammlung hatte ich bisher noch nie teilgenommen. Ich schloss mich den lokalen Grünen an und versuchte – zusammen mit anderen Parteien – Allianzen für mir wichtige Umwelt- und Verkehrsthemen zu schmieden. Ich war überrascht, wie einfach sich ein Treffen mit einem Gemeinderat arrangieren liess und wie engagiert ein bürgerlicher Lokalpolitiker mir half, strate-

gisch sinnvoll vorzugehen. Ich war überrascht, wie viele sinnvolle grüne Motionen die anderen Zuger Gemeinden zurzeit beschäftigen – wenn sie auch nicht immer eine Mehrheit erreichen. Leider wurde «unsere» Gemeindeversammlung wegen Corona verschoben – ich freue mich jetzt schon auf die nächste und werde alles geben, um möglichst viele junge Menschen zu motivieren, daran teilzunehmen und sich aktiv in das politische Leben einzubringen. So führte das eine zum anderen.

#### **Gute Chancen für die KOVI**

Zurück zum Lokalkomitee. Nach zwei erfolgreichen Standaktionen und einer wegen Corona abgesagten Filmvorstellung, startete das Initiativkomitee das sogenannte Fahnen-telefonieren. Insgesamt dreimal telefonierte ich während der Corona-Periode UnterstützerInnen an, um sie zum Aufhängen einer Fahne zu motivieren. Obwohl ich nicht wirklich gerne telefoniere, machte mir der Gedanke, dass ich (gerade in Baar!) Menschen davon überzeugen konnte, ein Zeichen zu setzen, Spass. Schliesslich zeigte mir das Telefonieren auch auf, dass nicht nur in meiner Gemeinde, sondern im ganzen Kanton Zug, viele Menschen den Tätigkeiten von einigen Grosskonzernen sehr kritisch gegenüberstehen und mehr Transparenz fordern. Deswegen blicke ich dem Abstimmungskampf optimistisch entgegen. Wenn wir weiter dranbleiben – es gibt in fast allen Zuger Gemeinden ein Lokalkomitee mit Freiwilligen – werden wir die Abstimmung gewinnen! Davon bin ich fest überzeugt.

Gleichzeitig hat mir das Engagement im Lokalkomitee gezeigt, dass es viele Wege gibt, politisch mitzuwirken. Am grössten ist die Hebelwirkung wohl bei sich selbst, gefolgt von der eigenen Gemeinde, wo die Wege kurz sind, die Probleme bekannt, und die Zahl der erreichbaren Bekannten gross. ■

#### **Was fordert die Konzernverantwortungsinitiative (KOVI)?**

Immer wieder verletzen Konzerne mit Sitz in der Schweiz die Menschenrechte und ignorieren minimale Umweltstandards. Nach Annahme der Initiative haftet ein Konzern mit Sitz in der Schweiz für den Schaden, den eine Tochterfirma im Ausland begangen hat, ausser der Konzern kann aufzeigen, dass er alle nötigen Massnahmen ergriffen hat, um den Schaden zu verhindern. Diese Regelung ist fair gegenüber jenen Konzernen, die sorgfältig wirtschaften – sie können sich nämlich aus der Haftung befreien.

[konzern-initiative.ch](http://konzern-initiative.ch)

#### **Es gibt noch andere**

Zu den weiteren grossen Konzernen im Kanton Zug gehört etwa die Solway Group mit Büros am Postplatz:

[www.zentralplus.ch/ein-indigenes-volk-triumphiert-vor-gericht-ueber-einen-zuger-bergbaukonzern-1580565](http://www.zentralplus.ch/ein-indigenes-volk-triumphiert-vor-gericht-ueber-einen-zuger-bergbaukonzern-1580565)

#### **Warum es KOVI braucht**

Das Schweizer Fernsehen berichtet 2019 über erschütternde Machenschaften: Seit fast 20 Jahren vergiftet Glencore die Luft um ihre Kupfermine in Sambia mit Schwefeldioxid. Die ätzenden Gase führen zu schweren Atemwegserkrankungen und Todesfällen in der Bevölkerung. Das Kupferschmelzwerk von Mopani ist immer wieder in den Schlagzeilen, weil seine Abgase das hoch giftige Schwefeldioxid enthalten. Glencore hat schon mehrmals Verbesserungen versprochen, aber die aktuellen Luftmessungen zeigen, dass der Schwefeldioxidausstoss bis zu 77-mal höher ist, als die Grenzwerte der Weltgesundheitsorganisation (WHO) erlauben.

Was würde die Konzernverantwortungsinitiative ändern?

Glencore wäre mit der Initiative verpflichtet, sicherzustellen, dass das Kupferschmelzwerk Mopani kein giftiges Schwefeldioxid mehr ausstösst. Zudem müsste Glencore für verursachte Schäden geradestehen und den betroffenen Familien Wiedergutmachung bezahlen.

Mehr Infos: SRF Rundschau Beitrag:

[www.srf.ch/news/international/stichproben-in-sambia-schwefelgase-von-glencores-kupferwerk-gefaehrden-anwohner](http://www.srf.ch/news/international/stichproben-in-sambia-schwefelgase-von-glencores-kupferwerk-gefaehrden-anwohner)

# Corona-Steuersenkungen

Luzian Franzini, ALG-Kantonsrat, Stadt Zug

**8** Während viele Kantone in den nächsten Jahren mit massiven Mindereinnahmen rechnen und in finanzielle Schieflage zu geraten drohen, geht es dem Kanton Zug blendend. Als Corona-Massnahme getarnt, will der Kanton Zug nun sogar Millionär\*innen, Krisenprofiteure und internationale Konzerne mit einem Steuerdeal beschenken. Eine Falle für den Mittelstand!

Die Fallzahlen von bestätigten Coronavirus-Infektionen nehmen gegenwärtig wieder zu und die Schweiz steuert auf eine Wirtschaftskrise zu. Bereits jetzt ist das Bruttoinlandprodukt (BIP) zwischen April und Juni um 8,2 Prozent geschrumpft. Die höheren Arbeitslosenzahlen werden sich auch im Sozialsystem bemerk-

zusätzlich unter Druck. Mit einer Senkung des Steuerfusses heizen wir den Steuerwettbewerb in der Schweiz weiter an.

Die nun beschlossene Senkung des Steuerfusses und die Erhöhungen der persönlichen Abzüge und Mietabzügen für Zuger Steuerzahler\*innen führt aus ökonomischer Sicht nicht

Je mehr ein Geschäft oder eine Familie unter Corona leidet, desto weniger haben sie von diesem Deal. Hier zeigen sich die wahren Gründe für die Steuersenkung. Wenn es wirklich darum gehen würde, die Zuger Konjunktur anzukurbeln, müssten die untersten Einkommen entlastet werden. Sogar in der neoliberalen ökonomischen Lehre ist es unbestritten, dass je tiefer das Einkommen eines Haushaltes ist, desto eher Entlastungen im Budget einen direkten Effekt auf das Konsumverhalten haben. Wohlhabende Personen legen jedoch die Steuerersparnisse einfach auf die hohe Kante.

Für den Mittelstand im Kanton Zug stellt diese Steuersenkung gar eine Falle dar. Je tiefer die Steuern, desto höher sind die Mieten. Tiefe Steuern ziehen Menschen und Firmen an, was die Nachfrage und somit die Immobilienpreise in Zug weiter aufbläht. Die Zeche dieses Steuerdeals bezahlen längerfristig Gewerbe und Mittelstand mit höheren Mieten.

Dagegen wehrt sich nun eine Allianz aus linken Parteien und Gewerkschaften. Sie haben bis Ende Oktober Zeit, die nötigen 1500 Unterschriften zu sammeln. Bei der aktuellen Corona-Situation ist das Sammeln auf der Strasse erschwert, weshalb eine breite Unterstützung umso wichtiger ist. Sammeln auch Sie in Ihrem Umfeld die nötigen Unterschriften. Eigentlich geht es um eine Selbstverständlichkeit: Dass die demokratische Mitbestimmung auch in Krisenzeiten gegeben ist und schlussendlich die Stimmbevölkerung das letzte Wort hat. Gerade auch, wenn es sich im schweizweiten Vergleich um einen egoistischen Alleingang handelt. ■



Die Steuersenkung ist ein Bschiss!

bar machen. So rechnet beispielsweise die Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe SKOS aufgrund der aktuellen Pandemie mit 55 000 neuen Sozialhilfefällen in den nächsten Jahren. Dies bedeutet Mehrkosten von bis zu 1,3 Milliarden Franken für die Gemeinden, für die die schon getroffenen wirtschaftlichen Stützungsmaßnahmen und schwierigen Konjunkturaussichten bereits jetzt eine grosse Belastung sind. Wenn nun der reiche Kanton Zug seine Steuern noch weiter senkt, bringt das andere Kantone und Gemeinden

dazu, dass sich die Zuger Wirtschaft schneller erholt. Denn bereits heute bezahlen 63 Prozent der Zuger Unternehmen keine Steuern. Die existenzgefährdeten Unternehmen gehören grösstenteils zu dieser Gruppe und profitieren mit keinem Rappen. Eine Familie mit einem Reineinkommen von 50 000 Franken würde mit dieser Vorlage keinen Franken sparen, eine Familie mit einem Einkommen von 180 000 Franken jedoch fast 1500 Franken pro Jahr. Noch viel mehr profitieren Millionäre und Krisengewinner. Der Steuerdeal ist paradox:

## Referendum

Unterschriftenbogen finden Sie auf [www.steuerschiss-nein.ch](http://www.steuerschiss-nein.ch)



# Nichts für KleinverdienerInnen

Manuela Weichelt-Picard, Nationalrätin Kanton Zug

**Die Verfassung sieht existenzsichernde Renten vor. Darauf warten wir seit bald 100 Jahren. Die Beiträge reichen schon für die Finanzierung der viel zu kleinen laufenden AHV-Renten nicht mehr aus. Der Bundesrat hat die Botschaft für die Reform AHV 21 verabschiedet. Er behauptet, dass damit das Niveau der Renten gehalten und die Finanzierung der AHV bis 2030 gesichert wird. Das stimmt nicht! Zudem sollen die Frauen das Loch stoppen, indem sie, abgesehen von der viel kleineren Rente, auch noch länger arbeiten sollen.**

Seit 2014 reichen die Lohnbeiträge und die Beiträge der öffentlichen Hand nicht mehr aus, um die laufenden Renten der AHV zu finanzieren. Die Situation wird sich mit der Pensionierung der geburtenstarken Jahrgänge ab 2020 für einige Jahre verschärfen. Der Bundesrat hat Ende August die Botschaft für die Reform AHV 21 verabschiedet. Das Niveau der Renten werde gehalten und die Finanzierung der AHV bis 2030 gesichert. Sie verbessere den flexiblen Beginn des Rentenbezugs und setze Anreize für eine längere Erwerbstätigkeit. Nachfolgend, warum das nicht stimmt.

## Bedeutung der AHV

Für mehr als die Hälfte aller Haushalte im Alter von 65 Jahren und älter besteht das Einkommen zur Hälfte aus AHV Renten; bei 60 Prozent dieser Haushalte ist sie die wichtigste Einnahmequelle. 2018 betrug die mittlere AHV-Rente gerade mal 1772 Franken. Die Medianrente BVG liegt bei 1767 Franken. Das widerspricht unserer Verfassung: Seit der Annahme des AHV-Verfassungsartikels im Jahr 1925 gilt: «Die Renten sollen den Existenzbedarf angemessen decken.» Die Konsequenz ist, dass jede zehnte Person Ergänzungsleistungen braucht. Frauen viel häufiger als Männer.

## Frauen haben das Nachsehen

Die Rentensituation der Frauen ist besonders prekär. Ihre Renten aufgrund von Guthaben aus Pensionskassen (PK) sind halb so hoch wie

diejenige der Männer. In den typischen Frauenbranchen sind PK-Renten von 500 bis 800 Franken üblich. Ein Drittel der Frauen bekommt nicht einmal eine PK-, sondern allein die AHV-Rente.



Manuela Weichelt im Gespräch mit Sandra Locher Benguerel an der Sommersession in der BernExpo.

Trotz dieser Ausgangslage beantragt der Bundesrat, das Frauenrentenalter auf 65 Jahre zu erhöhen. Damit sollen die Frauen 10 Milliarden mehr in die AHV zahlen. Frauen, welche in den nächsten neun Jahren pensioniert werden, sollen eine Kompensation erhalten. In der Tat soll aber nur rund ein Drittel kompensiert werden. Bei der zehnten AHV-Revision im Jahre 2005 lag die Kompensation noch bei 84 Prozent. Bereits für Frauen der

Übergangsgeneration drohen spürbare Verschlechterungen. Weiter soll der Renteneintritt flexibilisiert und die AHV über 0,7 Prozent Mehrwertsteuer zusatzfinanziert werden.

## Flexibilisierung des Renteneintritts

Die angekündigte Flexibilisierung ist eine versteckte Rentenkürzung. Für Personen, die sich drei Jahre vorzeitig pensionieren lassen (müssen), bedeutet der Antrag des Bundesrates eine durchschnittlich tiefere Rente von 2,6 Prozent. Frauen der Übergangsgeneration sind besonders betroffen. Vielen von ihnen würden trotz Kompensationsmassnahmen eine tiefere Rente erhalten.

## SNB-Gewinne und Lohnprozente

Der Antrag des Bundesrates zur AHV 21 muss zurückgewiesen werden. Die Sanierung darf nicht auf dem Buckel der Frauen passieren. Es braucht zusätzliche Lohnprozente von 0,5 Prozent, und Gewinne der Schweizerischen Nationalbank müssen in die AHV fliessen. Nicht zu vergessen: Auch höhere Löhne und mehr Beschäftigung verringern den Finanzierungsbedarf wesentlich.

## BVG-Kompromiss

Der BVG-Kompromiss der Sozialpartner\*innen sieht zwar eine Senkung des Mindestumwandlungssatzes auf 6 Prozent vor, aber auch eine Erhöhung der Renten für untere Einkommen und Teilzeitangestellte. Diese Kröte werden wir schlucken müssen. ■

## Für einen dreizehnten AHV-«Monatslohn»

Eine Initiative, die von den Grünen Schweiz mitgetragen wird, ist lanciert.

Hier unterschreiben:

[gruene.ch/kampagne/ahvx13](http://gruene.ch/kampagne/ahvx13)

# Weitblick über den Tellerrand

Marianne Aepli, Präsidentin Diversity Zug

10

**Diversity heisst Vielfalt leben und in der Gesellschaft einbeziehen, systematisch Bedürfnisse, Unterschiede und Verbindendes erfassen. Es ist ein Konzept, das sowohl aus ökonomischer wie auch aus Sicht der Gleichstellung wirksam ist.**

Der einzige männliche Kollege in meinem Studiengang der gender studies vor fünfzehn Jahren hat mit dem Erhalt des Masterdiploms sehr energisch verkündet, jetzt sei Schluss mit all den feministischen Theorien, die er während des Studiums um die Ohren gehauen bekommen habe, jetzt widme er sich in seiner weiteren Berufstätigkeit der Vielfalt von Diversity und lasse die Geschlechterdimension in der Vielfalt der Untersektionen zeitweilig verschwinden. Ich konnte ihn verstehen. Mein eigener Schwerpunkt lag in der praktischen Umsetzung der gender studies im Bildungsbereich. Ab und zu tauschen wir uns über Themen und Umsetzungen aus.

Wer von Biodiversität spricht, hat mittlerweile eine Vorstellung vom Zusammenleben von Arten und weiss um die Werte zum Erhalt von biologischer Vielfalt. Nicht erst seit dem Film «More than Honey» ist klar, dass eine Blütenbestäubung durch Menschenhand unweigerlich viel komplizierter ist, als wenn die Insekten dies erledigen. Wo in der Natur das Überleben der Stärkeren eine Konstante ist, gelten beim bewussten Einbezug von Diversität in der Gesellschaft Konstanten wie Menschenwürde und -recht, Gleichwertigkeit, Einbezug von Unterschieden, Schutz vor Diskriminierung. Gelebte Diversität im Alltag ist kein Honigschlecken und kein Sofasitzen. Sie gleicht eher einem Mobile, schwebend, das filigran auf allen Zweigen Ausgleiche braucht, ohne Schlagseite zu bekommen.

## Im Zeitgeist

Die gesellschaftlichen Bewegungen der letzten Jahre zeigen, dass das Bewusstsein um die einzelnen Äste

deutlich steigt, der Fokus mal hier, mal dort speziell auf Ungleichgewicht hinweist, #Me Too, black lives matter, das Adoptionsrecht für gleichgeschlechtliche Paare oder im Kanton Zug die Kampagne «Alter hat Potenzial». Formen von gelebter Diversität finden sich in den Volksschulen, in der Demokratie. Es geht um Werte und Wertschätzung, Dialog, mehr Einschluss als Ausschluss, letztendlich auch um Stabilität im labilen Gefüge, sozialen Frieden. Um Themen, die sich aktuell weltweit sehr kontrovers zeigen, von gelebter Solidarität bis zum Extrem neuer Abgrenzung auf vielen Ebenen.

## Aufbau in Zug

Vor knapp einem Jahr wurde der Verein Diversity Zug gegründet. Dies nach einem Kick-off mit Beteiligten aus Verwaltungen, Vereinen, Organisationen. Die Ergebnisse daraus fokussieren auf Themen wie «Diversity & Inclusion im Erwerbsleben», auf der Frage von «bottom up oder top down» im Kanton Zug, der Haltung von Politik und Gesellschaft zu Vielfalt und Einbezug. Und ganz klar der Aufruf zur Sensibilisierung. «So weit nichts Neues», meint mein Studienkollege und Diversity-Fachmann.

Der Verein Diversity Zug ist lose strukturiert, die über dreissig Mitglieder repräsentieren alle Dimensionen von gesellschaftlicher Vielfalt; Generationen, Herkunft, Kultur, Geschlecht, Gesundheit und Handicap, Religionen. Die Umsetzung passiert in einzelnen Projekten und Untergruppen. Wer Zeit und Knowhow zur Mitarbeit hat, bestimmt die Aktivitäten. Die Arbeiten sind ehrenamtlich, für Projektumsetzungen wird um finanzielle Unterstützung ersucht, bei Stiftungen, beim Kanton,

beim Bund. «Soft skills sind nice to have», sagt mein Studienkollege von damals, «ihr bewegt euch auf dünnem Eis, alle finden es wichtig und haben meist Wichtigeres zu tun.»

Im Umgang mit Vielfalt in öffentlich-gesellschaftlichen Bereichen zeigen sich vor allem die Verknüpfungen zweier Dimensionen. Menschen mit Handicap in der Berufswelt am Beispiel des Restaurants Intermezzo Zug, oder der Verein WABB, Wohnen und Arbeiten mit Behinderten auf dem Bauernhof, zu sehen im Film «Trio Morgarten», die aktuelle Ausstellung im Museum Modi-Lab oder Nachbarschaftshilfen und Generationen in den KISS-Genossenschaften, das Forum Kirche und Wirtschaft, Vereine und Organisationen mit Interkultur, Interreligion, Schulen mit Anschlusslösungen für Menschen mit Migration, das Fest der Nationen in Zug, aber auch das Gluscht-Festival mit kulinarischer Weltreise.

## Es passiert nicht einfach

Diversität beinhaltet den Fokus auf einzelne Bereiche wie Geschlecht oder Alter, weil erst mit dem gezielten Fokus die ungeschriebenen Regeln und Ungleichgewichten auffallen, weil aber auch mit eben diesem Blick Ähnlichkeiten im Umgang mit Unterschieden erkenntlich werden; unser jahrhundertealtes Denken in Hierarchien, das für viel Ungerechtigkeit und Vorurteile sorgt und das sorgfältig hinterfragt werden soll.

Aktuell an Eigenaktivitäten von Diversity Zug ist die interne Vernetzung der Mitglieder und derer Aktivitäten, speziell mit Schwerpunkten zur Akzeptanz von Vielfalt. Wir beteiligen uns an einer Umfrage der Hochschule Luzern mit dem Eidgenössischen Büro für Gleichstellung betreffend Wiedereinstieg von Frauen nach familiärer Berufspause. Wir platzieren Hinweise auf der Homepage zu lokalen Aktualitäten im Diversity-Bereich. Intern läuft eine Corona-



Diversity, so klingt die Musik – mehr als Schwarz und Weiss. Weitere Informationen finden sich unter [diversityzug.ch](http://diversityzug.ch).

Umfrage, zu den Auswirkungen der Pandemie im eigenen Tätigkeitsfeld und Erkenntnissen daraus für einen längerfristigen Umgang mit solchen Einschränkungen, Veränderungen. Wir beteiligen uns an einer Veranstaltung des Vereins Palliativ zum Umgang mit dem Tod in verschiedenen kulturellen Kontexten.

Wir lancieren ein Projekt zum Einbezug von Vielfalt in der Arbeitswelt, der Wirtschaft. Auch hier in kleinen Schritten, das Eis bleibt dünn und ein Gesuch um Finanzierungshilfe wurde vom Kanton Zug abgelehnt. Im Projektverlauf haben wir recherchiert, wie Firmen Diversität miteinbeziehen, was sie wissen, was sie

brauchen, was sie wollen. Dabei sind wir auf die «Checkinstrumente» der Hochschule Sankt Gallen und der Hochschule Luzern gestossen, beide bieten einen Firmencheck für Grossfirmen mit über 1000 Angestellten an, zusätzlich gibt es Umsetzungshilfen zum Einbezug der «blinden Flecke». Das Angebot nutzen und zahlen Firmen, die sich Diversität auf die Fahne geschrieben haben.

#### Testsetting KMU

Meist ist bereits das Bewusstsein da, dass der Einbezug von Vielfalt ein besseres Arbeitsklima, offenere Denkweisen, einen Mehrwert bringt. Die Zuger Wirtschaftskammer hat in ihrer Vortragsreihe «Change als Chance» ebenfalls Diversity & Inclusion als Schwerpunkt. Diversity Zug will einen Check für kleinere Betriebe, Organisationen und auch für Verwaltungen ermöglichen. Wir haben in der Zusammenarbeit mit der Hochschule Luzern Wirtschaft in Rotkreuz eine Partnerin zur Einrichtung eines Checks für KMU gefunden, ein passendes KMU aus dem Kanton Zug für eine Pilotentwicklung, jetzt folgen Finanzgesuche an Stiftungen und vielleicht erneut an den Kanton Zug. Die HSLU wird den wissenschaftlichen Teil hierin übernehmen, für Dienstleistungsangebote im Anschluss ist sie nicht die passende Institution. Da werden wir die nächsten Schritte üben.

«Vielfalt ist alles rund um uns, wir können uns dem nicht entziehen», sagt Kollege Diversity, der im Seefeld in Zürich wohnt. Jedenfalls ist der Einbezug von Unterschieden eine ähnliche Kraftleistung wie deren Ausschluss. Und wenn das dünne Eis nicht hält, gilt es Brücken zu bauen. Anknüpfen an der Emotion, an der Wahrnehmung, an den Werthaltungen und in den Unterschieden Ähnliches ausmachen, auf der Grundlage eines humanistischen Menschenbildes. Das funktioniert. Mensch sei Dank. So vielfältig! ■



# Demokratie in Zug

Hanspeter Uster

12

**Jo Langs Buch über die Geschichte der Demokratie war nicht nur ein grosser Erfolg in den Buchläden. Es fand auch in den Medien ein grosses positives bis euphorisches Echo. Das gilt auch für die drei Zuger Medien, die «Zuger Zeitung», die «Zuger Presse» und «zentralplus». Allerdings gingen auch diese nicht auf die zugerischen Ereignisse ein, die im Zeitraum der drei Jahrhunderte dargestellt werden. Dies soll hier nachgeholt werden.**

## Vom Schwarzen Schumacher zum liberalen Sidler

Die Landsgemeinden spielen eine wichtige Rolle zur Erklärung des «Spannungsfeldes von Partizipation und Ausgrenzung», einem Hauptthema des Buches. Einerseits ermöglichen sie eine im europäischen Vergleich starke Partizipation. Andererseits waren sie sehr ausgrenzend – gegenüber Frauen, Untertanen und Neuzuzüglern. Hier findet Lang eine Erklärung dafür, dass die Schweiz das erste Land war, in dem sich 1830 das Prinzip der Volkssouveränität nachhaltig durchgesetzt hatte, und das letzte Land, in dem die Juden (1874) und die Frauen (1971) in den Souverän aufgenommen wurden. Laut Lang blieben die Landsgemeinden trotz ihrer Aristokratisierung im 18. Jahrhundert attraktiv dank ihrer Konflikte oder «Händel», wie man sie damals nannte. In diesen Zusammenhang eingebettet findet sich der «Harten- und Lindenhandel» (1728–1735), in dem Josef Anton Schumacher «die plutokratische Offiziersfamilie Zurlauben» entmachtete. Nach seinem Sturz starb er «in Italien auf dem Weg zu den Galeeren».

Eine wichtige Rolle spielt Zug weiter in der Auseinandersetzung um eine erste Schweizer Verfassung, die «Bundesurkunde» von 1833. Zu deren Vätern gehörte der Zuger Tagatzungsabgeordnete und Landamman Georg Joseph Sidler. Im Buch «Der Kanton Zug zwischen 1798 und 1850» zum 150. Geburtstag des Bundesstaates hatte Lang ihm einen Beitrag gewidmet mit dem augenzwinkernden Titel «Bundesprophet im eigenen Zugerland». Am Zuger



Beispiel zeigt Lang auf, dass der Hauptgegner eines überkantonalen und überkonfessionellen Gemeinwesens die konservative Mehrheit des Klerus war. Gemäss diesem dürfe «zu keiner Zeit eine akatholische Kirche noch eine akatholische Schule» eingeführt werden. Die freie Niederlassung aus anderen Kantonen ermögliche die Zuwanderung von Reformierten und Juden, was das «römisch-katholische Glaubensbekenntnis» als «Religion des Kantons Zug» infrage stelle. Diese Intoleranz bekam noch mein Vater zu spüren, der als Protestant keine Chance hatte, in Baar Schulhausabwart zu werden.

## Bedenkliches und Löbliches

In den 30er Jahren des 20. Jahrhunderts zeigte Zug wieder zwei Gesichter, ein ausgrenzendes und ein

aufgeschlossenes. Mit prominenter Unterstützung aus dem Kanton Zug kam 1934 eine gemeinsame Volksinitiative von faschistischen Fronten und Katholisch-Konservativen zustande. Diese wollten unter anderem die Zivilehe und das Scheidungsrecht rückgängig machen, die Volksrechte und den Nationalrat zugunsten eines korporatistischen Wirtschaftsrates schwächen, das Stimm- und Wahlrecht der Männer von der Familiengrösse abhängig machen, auf Kosten von Konfessionslosen und Juden zum «Christlichen Staat» zurückkehren. Obwohl sich Philipp Etter, zwischenzeitlich Bundesrat geworden, für die Totalrevision aussprach, kam die von Liberalen und Linken bekämpfte Initiative im Kanton Zug bloss auf 35 Prozent. Schweizweit machte sie nur 28 Prozent.

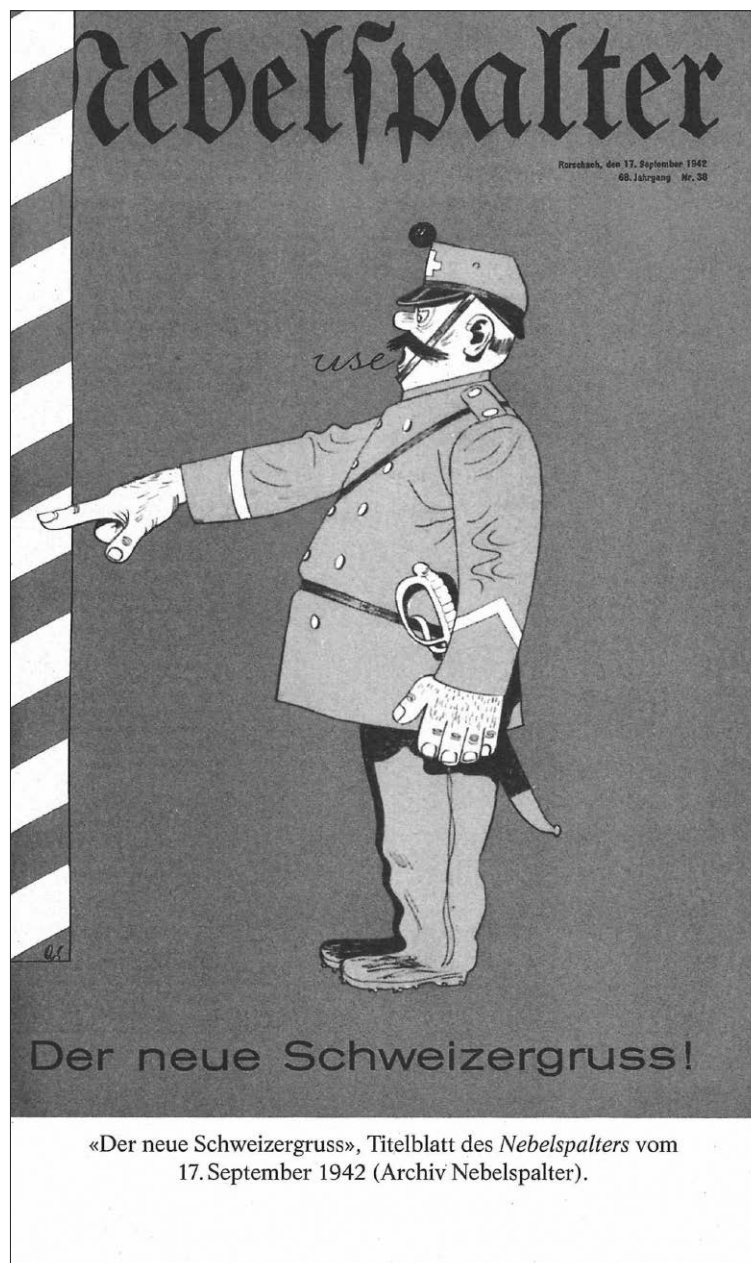
Philipp Etter spielt im Buch weiter eine Rolle als Medienzensor und vor allem als Bundespräsident, der am 4. August 1942 die Ausweisung und Rückweisung jüdischer Flüchtlinge verfügte. Lang nennt das den «verhängnisvollsten Beschluss in der Geschichte des Bundesstaates». Im Nationalrat wettete Etters Luzerner Freund Heinrich Walther als Fraktionschef gegen die «Überflutung mit zweifelhaften Elementen» und beschwor den «sacro egoismus» der «Staatsraison». Kritisch stellt er im Kapitel zum Kriegsende fest: «Nach dem Zweiten Weltkrieg bleiben alle Bundesräte im Amt, auch die Hauptverantwortlichen der Flüchtlingspolitik.» Dem fügt er bei: «Ebenso wird das Vollmachtenregime weitergeführt.»

Indirekt kommt Zug zur Sprache im Kapitel über die Schwächung der Parlamente und des Service public unter dem Einfluss des Neoliberalismus in den 90er und Nuller Jahren. Scharf kritisiert Lang das New Public Management, dessen «kostspielige Folge» eine «Rebürokratisierung des Staates durch unzählige interne und externe Controlling- und Evalu-

ationsinstanzen» war und teilweise immer noch ist. Hier hätte der Autor erwähnen können, dass Zug eine der löblichen Ausnahmen war, die darauf verzichtet hat. Tat er's nicht, weil es auch sein Verdienst als Kantonsrat war?

### Historiker und Politiker

Wie dem auch sei: Die politischen Erfahrungen des Autors haben dem Buch nur gutgetan. Nicht nur weil er deshalb weiss, wie Politik funktioniert. Sondern auch weil er es versteht, komplexe Entwicklungen verständlich darzustellen und spannend zu erzählen. Die Einleitung schliesst er mit dem Hinweis auf den römischen Autor der Annalen. Publius Tacitus war – wie Lang hervorhebt – «Historiker und Politiker». ■



Diese Karikatur (samt Legende) ist eine der zehn Abbildungen im Buch von Josef Lang, Seite 174.

# Blocher und Etter

Josef Lang

## 14 Wer Blocher verharmlost, verharmlost auch Etter – und umgekehrt.

Sechs Jahre vor der Biographie über Bundesrat Etter publizierte Thomas Zaugg ein Buch über Christoph Blocher. Beginnend mit der Frauenfrage sollen die beiden Werke parallel betrachtet werden. In «Blochers Schweiz» thematisiert der Autor schwer gewichtig die erste nationale Grossaktion Christoph Blochers, das Referendum gegen das neue Eherecht 1985. Blocher, der damit die autoritäre und reaktionäre Bestimmung, dass der Mann das Oberhaupt der Familie sei, verteidigte, wird von Zaugg so charakterisiert: «Freiheitlich-radikal gesinnt, fortschrittlich und doch mit gründlicher Ehrfurcht». Die Aussage betrifft zwar den jungen Blocher um 1970, aber sein emanzipationsfeindlicher Konservatismus war bereits damals gefestigt.

### Frauen- und Judenfeindlichkeit

Ähnlich wie bei Etter viele Worte und Taten als die eines «Laienpostels» interpretiert werden, wird Blochers Frauenfeindlichkeit mit dessen Bibelzitat relativiert. Ein grosser Unterschied in beiden Werken liegt darin, dass Etters Kampf gegen das Frauenstimmrecht gar nicht vorgestellt wird. Dabei hat er in der ersten gründlichen Aussprache des Bundesrats im Jahre 1956 die politische Gleichberechtigung fundamental in Frage gestellt. Es handle sich hier «um eine Zersetzungerscheinung auf Grund einer Überbewertung des Politischen und Staatlichen zu Lasten höherer menschlicher und vor allem fraulicher Werte». Indem Zaugg diese wichtige Diskussion übergeht, verpasst er eine interessante Analogie: «Zersetzung» war zugleich ein Etterscher Schlüsselbegriff gegen die Juden. Frauen- und Judenfeindlichkeit war ein klassisch-konservatives Verhängnis.

Kommen wir also zur Frage des Antisemitismus! In Zauggs Blocher-Buch findet sich kein Wort zur Oerlikon-Rede vom März 1997, die zu medialen und gerichtlichen Auseinandersetzungen führte über die Frage, ob und wie judenfeindlich sie gewesen sei. Ebenfalls keine Erwähnung findet das ganzseitige Inserat zum 80. Geburtstag der SVP vom September 1997, in dem der folgende zweifelsfrei antisemitische Satz stand: «So bekämpft sie den «sozialistischen und goldenen Internationalismus». «Goldene Internationale» war ein von den Nazis benütztes Codewort für «jüdisches Finanzkapital».

Im Buch über Etter thematisiert Zaugg zwar dessen umfassenden Antisemitismus. Aber für die Zeit vor 1946 verharmlost er ihn. Und für die Zeit danach insinuiert er, dass sich bei Etter bloss noch «eine Form des kirchlichen Antisemitismus zeigte». Übergeht er deshalb das Faktum, dass Etter 1948 dem ersten SP-Bundesrat Ernst Nobs abriet, einen gewissen Max Iklé als Chefbeamten anzustellen. Dabei wies er darauf hin, «die Iklés seien erst im 19. Jahrhundert von Hamburg nach St. Gallen gekommen und seien damals noch jüdisch gewesen». Nobs belehrte darauf den katholisch-konservativen Amtskollegen: «Es wird richtig sein, dass die Iklé ursprünglich jüdischer Abstammung waren, aber auch wenn sie heute Volljuden wären, so dürfte das nach dem Erlebnis des Nationalsozialismus kein Grund sein, einen Träger dieses Namens von einer Wahl zu einem öffentlichen Amt auszuschliessen.» Übrigens wurde Iklés Tochter Elisabeth Kopp 1984 die erste Bundesrätin. Hätte Etter nach dem Krieg in den Worten Zauggs nur noch «dem aus katholischer Sicht vertretbaren Antijudaismus» gehuldigt, hätte er

die jüdische Herkunft eines getauften St. Gallers nicht thematisiert. In Wirklichkeit blieb er auch nach der Shoa umfassender Antisemit.

### Neutrale und liberale Mitte

Eine interessante Analogie zwischen dem Blocher- und dem Etter-Buch gibt es im Bemühen, die Neutralität als Argument für die Kollaboration mit höchst fragwürdigen Regimes heranzuziehen. Im Zusammenhang mit dem Boykott des Apartheidregimes, zu dessen Hauptverteidigern Blocher gehörte, schreibt Zaugg: «In der damaligen liberalen Elite ist die Neutralität in der Südafrikapolitik breit abgestützt.» Die Missachtung des von der UNO beschlossenen Boykotts eines rassistischen Unrechtsregimes als Gebot der Neutralität zu adeln, ist ziemlich abwegig.

Im Bundesrats-Buch verharmlost Zaugg die von Etter unterstützte Ostmission des BGB-Politikers und Oberstdivisionsnars Eugen Bircher mit einer «stark legalistisch ausgelegten Neutralitätsdoktrin». Die Ostmission von 1941 war ein Hilfskorps zur Unterstützung des nazideutschen Angriffskriegs gegen die Sowjetunion. Dabei waren die Schweizer Militärs dem deutschen Kriegsrecht unterstellt. Diese aktive Solidarität für die Naziarmee war das pure Gegenteil jeglicher Neutralität. Eine solche Einschätzung der skandalösen Ostmission passt bestens in die Beschönigung der Kollaboration mit dem Naziregime, insbesondere in der Flüchtlingspolitik. Apropos: Im Buch über Blocher schreibt Zaugg von dessen «kompromissloser Asylpolitik». Meint er nicht das Gegenteil?

Im Zusammenhang mit dem Kampf der helvetischen Rechten für das Apartheid-Regime erwähnt Zaugg den rassistischen Artikel eines deutschen Konteradmirals a.D. im Bulletin der von Blocher präsierten Arbeitsgruppe Südliches Afrika (ASA). Über diese Nähe zu Rechtsextremen schreibt der Autor: «Eine politische, vor allem eine liberale Partei kann



kaum gesinnungsmässige Einheitlichkeit anstreben.» Bei einer derart «liberalen» Begrifflichkeit, kann nicht erstaunen, dass Etter zu einem «Mitte»-Politiker erklärt wird. Und dass der zweite Satz des Blocher-Buches lautet: «Es erzählt die Geschichte einer alten konservativen Mitte der Schweiz.»

### Das Zivilverteidigungsbuch

Am freizügigsten ist Zauggs Begrifflichkeit im Zusammenhang mit dem «Zivilverteidigungsbuch» aus dem Jahre 1969, das vom Bundesrat in einer Auflage von 2,6 Millionen herausgegeben wurde. Das vom rechtskonservativen Ludwig von Moos geförderte antiliberaler Machwerk trägt totalitäre Züge. Andersdenkende wie PazifistInnen und Andersliebende wie Homosexuelle gelten als «zersetzend», «subversiv», «ausländisch», «feindlich» und gehören schärfstens ausgegrenzt. Allein in den beiden folgenden Jahrzehnten werden 10 000 Militärverweigerer eingesperrt.

Wie nun nennt Zaugg das – übrigens von einem konvertierten Stalinisten verfasste – «Zivilverteidigungsbuch», das am heftigsten von Max Frisch und Friedrich Dürrenmatt kritisiert wurde? «Normenbuch der bürgerlichen Schweiz von 1969»! Zweierlei gibt es dazu zu sagen: Erstens ist es absurd, eine «bürgerliche Schweiz», die eine derart intolerante Publikation zur «Norm» erhebt, «liberal» zu nennen. Und zweitens gab es unter den Bürgerlichen eine liberale Minderheit, die über das «rote Büchlein» befremdet bis entsetzt war.

Hängt die Verharmlosung des «Zivilverteidigungsbuches» damit zusammen, dass es die Krone einer Geistigen Landesverteidigung ist, die ursprünglich von Etter 1938 gegründet worden war und von Blocher in den 1990er Jahren neu erfunden worden ist? ■



Der Verleger des Jahres

Ludwig von Moos

Karikatur und Legende aus: Josef Lang, Demokratie in der Schweiz, S. 206

### Quellen

- Thomas Zaugg: Blochers Schweiz. Gesinnungen, Ideen, Mythen, Zürich 2014
- Thomas Zaugg: Bundesrat Philipp Etter (1891–1977), Zürich 2020.
- Tobias Kästli: Ernst Nobs. Vom Bürgerschreck zum Bundesrat. Orell Füssli 1995.

# Schwachstellen im Velonetz

Johannes Bösel, Pro Velo Zug, Patrick Steinle, Gemeinderat ALG Zug

16

**Für viele ist die bestehende Veloinfrastruktur in Zug für ein sicheres und bequemes Velofahren ungenügend. So wurde 2018 die Zuger Velonetz-Initiative von ALG, Pro Velo Zug und VCS ins Leben gerufen. Sie fordert eine fahrradfreundliche Infrastruktur, die den Ansprüchen aller Velofahrenden und unterschiedlicher Velotypen Rechnung trägt. Auch politisch sind in letzter Zeit mehrere Vorstösse erfolgt, u.a. eine Interpellation von ALG und SP im Kantonsrat mit Fragen zur Veloförderung. Als Reaktion auf die enttäuschende Antwort des Regierungsrats («keine besonderen Schwachstellen») hat Pro Velo Zug mit anderen Beteiligten im Frühjahr einen ausführlichen Schwachstellenkatalog erarbeitet.**

Ein Novembernachmittag: Es regnet leicht und es wird bereits dunkel. Thomas, ein Schüler aus Oberwil, hat Unterricht an der Musikschule in Zug. Die Fahrt durch Oberwil auf der Artherstrasse ist unangenehm, da es weder einen Veloweg noch einen Velostreifen gibt und einige Querstrassen vorhanden sind, wo Autos einbiegen. Am Ortsausgang kann er auf das seeseitige Trottoir wechseln. Dafür muss er bei starkem Gegenverkehr die Hauptstrasse überqueren. Jetzt fährt er am See entlang. Das Trottoir ist an einigen Stellen eng. Kommt ein Velofahrer entgegen, kann es brenzlich werden. Auf Höhe altes Kantonsspital muss Thomas wieder auf die Hauptstrasse, die jetzt einen Velostreifen hat. Einige hundert Meter weiter muss er nochmals die viel befahrene Strasse queren, um in die Altstadt abzubiegen. Der Weg durch die Altstadt ist zwar weitgehend autofrei, doch Thomas muss auf Passanten achten, und die Pflastersteine sind glitschig. Jetzt ist die Musikschule schon fast in Sichtweite, doch Thomas kann sie nur mit Absteigen, Schieben und über Umwege erreichen.

## Situation der Velofahrenden in Zug

Mobilitätsstudien belegen, dass es für die Förderung des Veloverkehrs vor allem eines braucht: eine gut ausgebauten Infrastruktur mit sicheren, komfortablen und durchgehenden Verbindungen zwischen den wich-

tigsten Siedlungs- und Arbeitsgebieten, Schulen und Einkaufsmöglichkeiten. Dabei sind die Anforderungen berechtigterweise hoch, insbesondere an die Sicherheit. Es ist nicht zu rechtfertigen, wenn Velofahrende höheren Risiken ausgesetzt sind als andere Verkehrsteilnehmer. Leider ist dies jedoch gemäss Statistiken nachweislich der Fall. Mit der jetzigen Infrastruktur in Stadt und Kanton Zug werden Personen von der Benutzung des

wärts- und Ankommen ermöglichen. Bemerkungen wie «der Kanton Zug ist ein Velokanton der Extraklasse» (geäussert in der Kantonsratssitzung vom 2. Juni 2020) offenbaren ein einseitiges und unvollständiges Bild der Veloinfrastruktur in Zug.

Beispiele für eine gelungene Veloinfrastruktur wären: Physisch, durch Randsteine oder Grünstreifen getrennte Velowege entlang der Hauptstrassen; durchgängig und eindeutig signalisierte Velorouten; Sackgassen, die für Velos nach Möglichkeit durchgängig und dann entsprechend signalisiert sind, etc. Vor diesem Hintergrund hat Pro Velo Zug zusammen mit dem VCS und den Initianten der Velonetz-Initiative der ALG eine Übersicht der Schwachstellen für das Zuger Velonetz zusammengestellt. Viele der Schwachstellen wurden bereits in den vergangenen Jahren mit den zuständigen Fachstellen von Kanton und Stadt besprochen, wobei leider kaum Fortschritte zu beobach-



Schwachstelle Einfahrt Oberwil: Auf der Fahrt von Walchwil nach Oberwil muss man kurz vor dem Ortseingang von Oberwil die Hauptstrasse queren. Im weiteren Verlauf sind noch drei weitere Querungen vonnöten.

Velos für Kurz- und Mittelstrecken eher abgeschreckt. Auf vielen Strecken getrauen sich Eltern nicht, ihre Kinder und Jugendlichen unbegleitet fahren zu lassen. Ein gutes Velonetz sollte aber jederzeit ein sicheres Vor-

ten sind. Das Dokument wurde dem Baudirektor anlässlich der Kantonsratssitzung vom 2. Juni 2020 übergeben und den Medien zugänglich gemacht. Auch auf der Website von Pro Velo Zug ist es einsehbar.

### Schwachstellenkatalog

Die Liste beruht auf Meldungen von Velofahrenden (z.B. über das Velophone von Pro Velo Zug oder die Bikeable-App) und der Beurteilung durch Fachexperten. Die Schwachstellen beziehen sich auf grössere Schwierigkeiten und Gefahren beim Befahren von Velostrecken des kantonalen oder kommunalen Netzes. Es gibt auch kleinere, oft gefährliche oder zumindest störende Hindernisse wie enge Kurven, Randsteinüberfahrten, Rinnen, zu enge Passagen etc., die pauschal aufgelistet werden. Weitere Schwachstellen sind ortsunabhängig: für Velos nicht geöffnete Einbahnstrassen, das Verbot, an Am-

sowie weitere Vorschläge für einen gezielten Ausbau der Veloinfrastruktur. Am Ende werden Leuchtturmprojekte vorgestellt, wie ein Lift für Velos und Fussgänger bei der Lorzentobelbrücke. Es geht dabei darum, den Horizont zu öffnen, über kreative, innovative, durchaus utopische Ideen für die Aufwertung der Veloinfrastruktur zu diskutieren und positive Akzente zu setzen (im Gegensatz zu den defizit-orientierten Schwachstellen). Weitere Leuchtturmprojekte wären: Velobrücken entlang der SBB-Gleise bei den Unterführungen beim Campingplatz Brüggli und beim Choller; eine direkte Verbindung von Lindencham und Eizmoos mit Hilfe eines

Schwachstellen» zu benennen wusste, kann sich mit dem Investitionsprogramm «Zug+» einen grossen Schritt bei Ausbau und Vervollständigung des Velonetzes vorstellen. Im Stadtzuger Grossen Gemeinderat fordert eine parteiübergreifende Motion die Planung und Realisierung eines zusammenhängenden innerstädtischen Velonetzes inklusive Behebung der katalogisierten Schwachstellen. Die Motion hat grosse Chancen, als erheblich erklärt und überwiesen zu werden. Allerdings lehrt die Erfahrung, dass dies allein nicht reicht: Die ähnlich gelagerte Motion «Bike to school» von Astrid Estermann, die im GGR ebenfalls von einer Mehrheit unterstützt wurde, versandete ergebnislos in den Mühlen der Verwaltung. Und sogar schon 1991 gab es diverse Vorstösse mit genau denselben Inhalten. Um nicht weitere 30 Jahre zu vergeuden, werden wir auch nach Überweisung der Vorstösse noch kräftig in die Pedale treten müssen.

### Fazit

Immer noch wird in Zug zu wenig getan, um das Velofahren für alle in Stadt und Kanton sicher und attraktiv zu machen. Dabei würde sich die Umsetzung von griffigen Massnahmen zurzeit geradezu aufdrängen: Viele Menschen haben erkannt, dass das Velo für kurze und mittlere Pendeldistanzen als Verkehrsmittel ideal ist. Somit bestehen auch politisch reale Chancen, wegweisende Infrastrukturobjekte zu realisieren. Der Schwachstellenkatalog bietet hierfür eine gute Diskussionsgrundlage. Doch irgendwann muss auch Schluss sein mit dem Diskutieren. Veloförderung bedeutet Infrastruktur und das heisst: umsetzen, umsetzen, umsetzen. ■



Schwachstelle Brüggli: Die Hauptveloroute an der Lorze wird beim Brüggli jäh von einer steilen, mit Anhänger kaum passierbaren Unterführung unterbrochen. Die Unterführung sollte velo- und rollstuhlgängig gestaltet werden.

pehn bei Rot rechts abzubiegen, die teilweise Unterbrechung von Velostreifen. Im Katalog sind für alle Zuger Gemeinden Schwachstellen aufgelistet. Die offensichtlichen Schwachstellen in der Stadt werden zudem in Steckbriefen beschrieben (mit Fotos und Kartenausschnitten). Der Katalog ist nicht abschliessend und müsste wahrscheinlich mindestens doppelt so viele Schwachstellen enthalten. Er wird laufend angepasst. Das Dokument enthält auch Lösungsvorschläge

Velostegs, welcher direkt an der Autobahnbrücke aufgehängt wäre; eine neue Radroute auf einer Naturstrasse auf den Zugerberg, und andere mehr.

### Politisches

Der Schwachstellenkatalog fand in verschiedenen Medien einige Beachtung und wurde sowohl beim Kanton als auch in der Stadt Zug politisch eingebracht. Derselbe Regierungsrat, der bei der Interpellationsantwortung noch «keine besonderen

Bilder: Patrick Steinle



# GEHsund

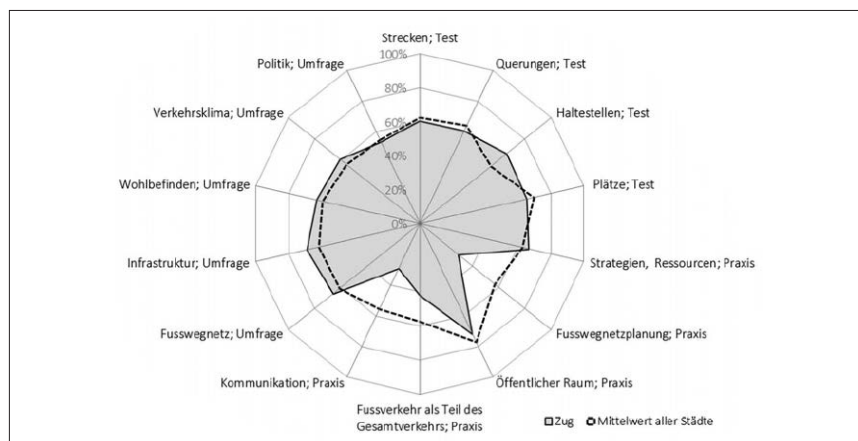
Redaktion BULLETIN

18

**Im Rahmen eines Projekts wurde in Zug und weiteren Schweizer Städten die FussgängerInnenfreundlichkeit untersucht. Dabei wurde die Qualität der Fussverkehrsinfrastruktur, der Stellenwert des Fussverkehrs in Verwaltung und Politik, sowie die Zufriedenheit der Bevölkerung untersucht. Die Resultate zeigen den bestehenden Handlungsbedarf deutlich auf.**

Das Projekt «GEHsund – Städtevergleich Fussverkehr» von umverkehr, Fussverkehr Schweiz und Hochschule für Technik Rapperswil hat zum Ziel, dem Fussverkehr einen höheren Stellenwert einzuräumen. FussgängerInnen sollen verstärkt sichtbar und deren Situation messbar werden. Erst-

der erreichte Anteil (in Prozent) des Potenzials sowie der Mittelwert der 16 untersuchten Städte. Jede Kategorie ist ein Zusammenschluss einer Vielzahl von Einzelbewertungen. Insgesamt erreicht die Stadt Zug 58 Prozent, bei einem Durchschnitt aller 16 Städte von 61 Prozent.



Im Vergleich der 16 untersuchten Städte schneidet Zug bezüglich Fussverkehrstest unterdurchschnittlich ab.

mals wird mit einer Umfrage die Einschätzung der Bevölkerung zur Fussverkehrssituation detailliert erhoben. Aarau schneidet bei der Bewertung der Infrastruktur am besten ab, Chur bei der Zufriedenheit und Basel bei der Planungspraxis. Neuenburg ist die fussgängerfreundlichste Stadt in der Romandie und Bellinzona erreicht im Quervergleich der Tessiner Städte die höchste Punktzahl. Insgesamt erreicht Basel mit 68 Prozent aller erfüllten Anforderungen den höchsten Wert aller untersuchten Städte.

## Und Zug?

Das Spinnendiagramm visualisiert die Fussverkehrsfreundlichkeit in 14 Kategorien. Angezeigt wird jeweils

## Fussverkehrstest

In der Stadt Zug wurden 45 Strecken, 30 Querungen, 13 Haltestellen und 12 Plätze bewertet. Im Vergleich der 16 untersuchten Städte schneidet Zug bezüglich Fussverkehrstest unterdurchschnittlich ab.

**Stärken** und Qualitäten im Fussverkehrstest:

- Trottoirs sind meist durchgehend geführt und gut begehbar.
- Störungen durch Velos oder parkierte Autos sind selten.
- Die Querungsanlagen sind baulich intakt und mit Fussgängervortritt versehen.
- An den Querungen mit LSA halten sich die Wartezeiten im Rahmen.
- Die Haltestellen schneiden besser

ab als der Durchschnitt der 16 Städte. Positiv fällt auf, dass Wartehäuser vorhanden und Wartebereiche angemessen gross sind.

**Schwächen** und Handlungsbedarf besteht in folgenden Punkten:

- Insbesondere in Quartierstrassen sind die Trottoirs zu wenig breit und die Gestaltung nicht einladend.
- Wegen Zufahrten und Seitenstrassen gibt es häufig Störungen. Wegen Mischverkehr mit Velos kommt es zu Konflikten. Taktile erfassbare Wegführungen fehlen oft.
- An den Querungen fehlen meist Bordsteinabsenkungen und taktile erfassbare Elemente. Die Wartebereiche sind tendenziell zu gering bemessen. An sogenannten «Bettelampeln» sind die Wartezeiten zu lang.
- An den Haltestellen gibt es häufig keinen niveaugleichen Zugang zu den Fahrzeugen und keine Abfahrtsanzeigen in Echtzeit.
- Auf Plätzen wirken sich Mängel in der Beleuchtung und die fehlende Wegführung für Sehbehinderte negativ in der Bewertung aus.

## Planungspraxis

Der Stellenwert des Fussverkehrs in der Planungspraxis wurde anhand von 60 Indikatoren ermittelt. Dazu wurden Gespräche mit den Fussverkehrsverantwortlichen geführt, städtische Konzepte, Strategien, Planungsgrundlagen zum Thema Fussverkehr bewertet, Informationen auf der Website gesichtet sowie diverse statistische Quellen herangezogen. Bezüglich Planungspraxis schneidet die Stadt Zug im Vergleich der 16 beurteilten Städte unterdurchschnittlich ab (vgl. Abb. 1).

**Stärken** in der Planungspraxis:

- Zug verfügt mit dem Stadtraumkonzept 2050 (2019) über eine gute

strategische Grundlage für die Aufwertung des öffentlichen Raumes. Die Konkretisierung ist noch ausstehend.

- Geringe Anzahl Fussgängerunfälle pro 10 000 Einwohner und Beschäftigte (1,7)
- Gute Ausstattung mit öffentlichen WCs.
- Zug engagiert sich in verschiedenen Netzwerken (ZORA, kinderfreundliche Gemeinde, Altersfreundliche Gemeinde).

**Schwächen** und Handlungsbedarf in der Planungspraxis:

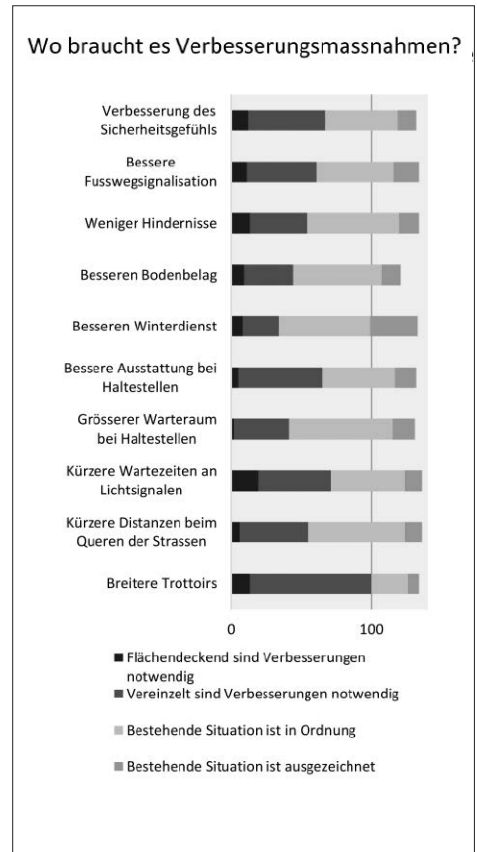
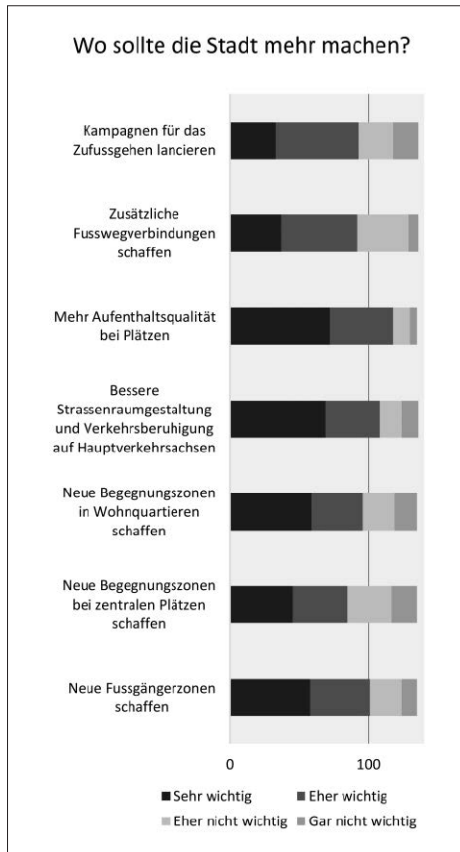
- Keine signalisierte FussgängerInnenzone.
- Geringe Anzahl Begegnungszonen; keine Strategie für die Schaffung zusätzlicher Begegnungszonen.
- In den Bereichen Schwachstellanalyse Fussverkehr, Wirkungskontrolle von neuen Projekten, Zählungen der FussgängerInnen, Website, Kommunikation und Bevölkerungsbeteiligung könnte die Stadt Zug mehr machen.
- Der Widerstand gegen fussgängerfreundliche Projekte ist gross. (Postplatz, Tempo 30 aus Lärmschutzgründen auf der Grabenstrasse, inkl. Tempo 20 auf den angrenzenden Strassen.)

**Bevölkerungsumfrage**

An der Online-Umfrage beteiligten sich in der Stadt Zug 137 Personen, welche 80 Fragen beantworteten. Zudem bestand die Möglichkeit, Anliegen offen zu formulieren. Im Quervergleich der 16 Städte liegt die Stadt Zug bezüglich Zufriedenheit über dem Durchschnitt.

**Stärken:** Zufriedenheit der Bevölkerung

- Hohe Zufriedenheit mit dem Fusswegnetz/der Fussverkehrsinfrastruktur.
- Wartezeiten bei Lichtsignalampeln werden als in Ordnung und Grünphasen zum Queren als ausreichend taxiert.
- Die Wegführung bei Baustellen wird im Quervergleich zu den anderen Städten überdurchschnittlich gut bewertet.
- Saubere öffentlichen Toiletten sind vorhanden.
- Bei Querungen mit Fussgängerstreifen wird meist der Vortritt gewährt.
- Haltestellen haben eine angemessene Ausstattung.
- Trottoirs, Fusswege und Plätze werden regelmässig und gut unterhalten (z.B. Reinigung, Belag).



Diese Diagramme zeigen die Antworten zur Frage nach den Verbesserungsmassnahmen und zur Frage, wo die Stadt mehr machen sollte.

- Buschauffere werden als rücksichtsvoll erlebt.

**Schwächen:** Bevölkerung ist unzufrieden und sieht Handlungsbedarf

- Konkrete Verbesserungen und Massnahmen zugunsten des Fussverkehrs wurden kaum wahrgenommen.
- Die Stadtbegrünung (Rasen, Bäume, Hecken usw.) ist nicht ausreichend.
- Die Zahl der Trinkbrunnen ist leicht unterdurchschnittlich.
- Velos fahren nicht nur dort, wo es erlaubt ist.

Bei offen formulierten Bemerkungen der Bevölkerung wurde genannt, dass die Stadt Zug punkto Fussverkehr innovativer und mutiger sein dürfte, dass mehr Tempo-30-Zonen erwünscht wären und dass es keine Tempo-50-Zonen ohne Trottoirs geben sollte. ■



Diese Abbildung zeigt die Begehungsrouten und die bewerteten Elemente und deren Klassifizierung.

**GEHsund – Städtevergleich Fussverkehr**

Ein gemeinsames Projekt von umverkehrR, Fussverkehr Schweiz und der Hochschule für Technik, Rapperswil. Mit Unterstützung der beteiligten Städte, der Koordinationsstelle für nachhaltige Mobilität (KOMO)/EnergieSchweiz, der Stiftung Corymbo, dem Kanton Tessin sowie dem Lotteriefonds des Kantons Bern. Weitere Infos siehe: [www.umverkehr.ch/fussverkehr](http://www.umverkehr.ch/fussverkehr); [info@umverkehr.ch](mailto:info@umverkehr.ch); [www.fussgaengerstadt.ch](http://www.fussgaengerstadt.ch) (Mai 2020)

Die Bilder und Illustrationen wurden zur Verfügung gestellt.



# Zu(g) fussverkehr

Redaktion BULLETIN

20

**Der Faktencheck zur Situation der Fussgängerinnen und Fussgänger in der Stadt Zug liegt vor. Auf den Seiten 18 und 19 wird auf die Stärken und Schwächen eingegangen. Das BULLETIN hat einige Orte besucht und versucht, die positiven und negativen Bewertungen aus dem Plan auf die fotografierten Orte zu übertragen.**

Um es vorwegzunehmen. Trotz häufiger Konsultation des Planes war das BULLETIN nicht immer ganz sicher, welche Stelle bewertet wurde. In den Bildlegenden dieses Artikels haben wir uns erlaubt, die Beurteilungen der Verantwortlichen in die Bilder hineinzuzinterpretieren und mit eigenen Gedanken zu ergänzen. Sollten wir dabei versehentlich etwas falsch ausgedrückt haben, tut es uns leid.



Haltstellen des öffentlichen Verkehrs schneiden in der Stadt Zug besser ab als der Durchschnitt der untersuchten Städte. Positiv fällt den Testenden auf, dass Wartehäuschen vorhanden und Wartebereiche angemessen gross sind. Ebenfalls positiv wird der Grossteil der FussgängerInnenquerungen gewertet. Begründet wird dies mit den baulichen Massnahmen und dem Vortritt für Fussverkehr.



Der untere Kolinplatz hat von allen bewerteten Plätzen die negativste Bewertung erhalten. Er dient hauptsächlich als Autoparkplatz und Containerstandort.



Dieses Plätzchen an der Oswaldsgasse in Zug hat nicht viele Fans, obschon es so lauschtig ist. Trotz seiner positiven Beurteilung, sieht man hier nur selten Menschen verweilen. Es hat gemäss Beurteilung dieselbe «Klasse» wie der Landgemeindeplatz.



Auch die Haltestelle Postplatz hat eine überdurchschnittliche Bewertung. Die dahinterliegenden Querungen leider umso weniger. Man verbringt z.B. viel Zeit mit Warten an den so genannten «Bettelampeln». Der obere Postplatz wird im Schlussbericht als «Leuchtturmprojekt» bezeichnet.



Der bewertete Fussverkehrsstreckenabschnitt liegt hinter dieser Brücke. Die Bewertung fällt stark unterdurchschnittlich aus. Abgesehen von der eher ungemütlichen Strassen- und Häuserflucht in der sich dieses Trottoir befindet, lautet z.B. ein Kriterium der Studie, ob die Strecke ausschliesslich oder vornehmlich dem Fussverkehr zugewiesen wird. Dies ist hier nicht der Fall. Das Trottoir dient auch als Zufahrt zu Parkplätzen, als Halteplatz für Lieferfahrzeuge etc. Weitere Kriterien sind z.B. die Verkehrslärmbelastung, die einladende Gestaltung, Übersichtlichkeit, kein Mischverkehr mit Velos u.v.m.



Der Bundesplatz wird überdurchschnittlich gut bewertet und für seine Sitzplatzgelegenheiten gelobt. Die Querungen mit Vortritt für den Fussverkehr erhalten auch hier höhere Bewertungen als jene ohne Vortritt.





Der Platz vor der Metalli erhält ein «durchschnittlich», dafür hat die Metallipassage fast alles, was einE FussgängerIn sich wünscht: Platz, Wettersicherheit, kein Mischverkehr. Die NUR durchschnittliche Bewertung könnte z.B. mit der fehlenden Hindernisfreiheit und Orientierung zusammenhängen. Zwar ist die Oberfläche gut begehbar, doch fehlen Wegführungen für sehbehinderte Menschen.



Eine überdurchschnittliche Bewertung für diese Strecke. Das Trottoir ist abgetrennt von der Strasse, hat keine störenden Zufahrten, Schattenspender etc. Im Übrigen: Der Erfüllungsgrad der Städte im Bereich Fusswegnetzplanung weist gemäss Untersuchung die grösste Spannweite aller untersuchten Bereiche auf und reicht von 29 Prozent (Zug) bis 88 Prozent (Bern).



Die Industriestrasse scheint ein hoffnungsloser Fall zu sein. Sie wurde an vier verschiedenen Stellen bewertet, und alle Strecken wurden mit einem «unterdurchschnittlich» bewertet. Liest man die vielen Kriterien durch, die zu dieser Bewertung geführt haben könnten, glaubt man die Ursache dazu bei Aussagen wie «angenehme Wegführung», «Gestaltung lädt zum Verweilen ein» oder «durchgehende Führung» etc. gefunden zu haben.



Ein positives Beispiel mit guter Bewertung für einen Streckenabschnitt im Hertiquartier.

## Quellen

- GEHsund, Städtevergleich Fussverkehr, Schlussbericht
- GEHsund Städtevergleich Fussverkehr – Fussverkehrstest, Teilbericht 1: Qualität der Infrastruktur
- GEHsund Städtevergleich Fussverkehr – Planungspraxis, Teilbericht 2: Indikatoren zum Stellenwert des Fussverkehrs
- GEHsund Städtevergleich Fussverkehr – Zufriedenheit, Teilbericht 3: Bevölkerungsumfrage zum Fussverkehr
- GEHsund, Städtevergleich Fussverkehr, Faktenblatt Zug

Autoren Veronika Killer, umverkehr und Klaus Zweibrücken und Claudio Büchel, Hochschule für Technik Rapperswil

<https://fussverkehr.ch/fussgaengerstadt/>

# Generation X und Politik

Zweitveröffentlichung aus Horizonte-Magazin

22

**In den Diskussionen zur Klimakrise sind oft Zweifel daran zu hören, ob Demokratien die Instrumente für wirkungsvolles Handeln besitzen. Politikwissenschaftlerin Karin Ingold nimmt Stellung. Das Interview führte Samuel Schläfli, es erschien im Forschungsmagazin Horizonte im Juni 2020.**

***Karin Ingold, der Biophysiker James Lovelock sagte einmal, dass die Menschheit den Klimawandel nur bewältigen könne, wenn sie ihn wie einen Krieg behandle. Die Demokratie müsse dafür sistiert werden.***

In Verhandlungsdemokratien, für welche die Schweiz ein idealtypisches Beispiel ist, dauert die Entscheidungsfindung oft unglaublich lange. Und solche Demokratien produzieren meist nur sogenannte sanfte Politiken, denn in Kompromissen ist immer die Meinung vieler enthalten. Solche Prozesse führen meist nicht zu innovativen und spektakulären Lösungen. Gleichzeitig aber ist klar, dass Demokratien besonders dafür geeignet sind, Frieden zu stiften. Breit abgestützte und legitimierte Politiken bringen vielleicht kurzfristig nicht die grosse Umwälzung, aber dafür wird die langfristige Unterstützung des Volkes gesichert, was mindestens ebenso wichtig ist.

***Trotzdem, auch Sie schreiben, dass Nachhaltigkeit und Demokratie nicht immer kompatibel sind.***

Ja, denn unsere Entscheidungstragenden haben meist ein Mandat für vier Jahre. Spätestens nach zwei Jahren kümmern sie sich nicht mehr vorwiegend um die politischen Inhalte, sondern um die eigene Wiederwahl. Um Verhaltensänderungen wie weniger Fliegen und Autofahren zu bewirken, ist das nicht förderlich. Die Mandate könnten verlängert werden, aber dadurch werden Bürgerinnen und Bürger in ihrer Freiheit beschnitten, Personen abzuwählen, die falsche Versprechungen gemacht haben.

***In der Klimapolitik gibt es seit zwei Jahren einen neuen Akteur: die Jugend. Sie sieht ihre Interessen durch***

***die klassische Parteipolitik nicht vertreten und geht auf die Strasse. Wie steht es um die Partizipationsmöglichkeiten im demokratischen System?***

Es gibt unzählige Arenen, die ausserhalb des regulären Politbetriebs aktiviert werden können. Bei der Fridays-for-Future-Bewegung und Greta Thunberg stellt sich hingegen die Frage nach der demokratischen Legitimierung. Niemand hat sie für die Mitgestaltung der Politik gewählt. Weshalb darf Thunberg vor der UNO sprechen und nicht jemand anderes? Bürgerinnen und Bürger konnten sie weder wählen noch können sie sie abwählen. Es ist schwer nachvollziehbar, nach welchen Kriterien sie ausgewählt wurde, um an politischen Entscheidungsprozessen mitzuarbeiten.

**«Spätestens nach zwei Jahren kümmern sich die Entscheidungstragenden nicht mehr vorwiegend um die politischen Inhalte, sondern um die eigene Wiederwahl.»**

***Wie wäre es, parlamentarische Gremien zu schaffen, in denen die Forderungen der Jugendlichen und künftigen Generationen vertreten sind? Der Philosoph Bernward Gesang schlägt Zukunftsräte als dritte Kammern vor.***

Da stellen sich mir sofort eine Reihe von Fragen: Wer sind diese Repräsentierenden der zukünftigen Generation und sind diese demokratisch gewählt? Soll es sich dabei um No-

stradami handeln, die in die Zukunft blicken können? Die Ressourcen, die zukünftige Generationen zum Leben benötigen, lassen sich vielleicht noch berechnen. Aber was ist mit den Bedürfnissen? Wer weiss heute schon, wie deren Bedürfnisse einst aussehen werden? Ich finde wichtiger, dass wir heute sicherstellen, dass unseren Nachkommen dereinst die gleichen demokratischen Prinzipien zur Verfügung stehen wie uns heute.

**«Wer sind diese Repräsentierenden der zukünftigen Generation? Soll es sich dabei um Nostradami handeln, die in die Zukunft blicken können?»**

***Und was ist mit Wissenschaftlerinnen – sind sie heute im politischen System nicht untervertreten?***

Wenn Sie dabei an parlamentarische Sitze denken, die für Wissenschaftler reserviert sind – dem würde ich niemals zustimmen, denn damit würde die Demokratie beschnitten! Das Parlament hat die Aufgabe, die Wertvorstellungen einer Gesellschaft zu repräsentieren. Als Bürgerin will ich keine undemokratisch legitimierten Stimmen im Parlament, sondern das Parlament nach eigenen Vorstellungen wählen und abwählen können. Ich warne vor einer Politisierung der Wissenschaft. Es gibt andere, wirkungsvollere Wege für mehr Evidenz in der Politik: zum Beispiel mehr Ressourcen für ausserparlamentarische Gremien mit Wissenschaftlerinnen, die Regierung und Parlament beraten. Oder mehr Investitionen in politische Bildung und Wissenschaftskommunikation.

***In internationalen Klimaverhandlungen wird die Schweiz oft als Vorreiterin wahrgenommen. Im Land selbst kommen klimapolitische Vor-***

### ***lagen jedoch nur schleppend voran. Weshalb diese Diskrepanz?***

Das sind zwei komplett unterschiedliche Baustellen. Klimadelegationen sind relativ klein und heterogen. NGOs und die Wissenschaften haben dort ein relativ starkes Gewicht. Wenn aber national eine CO<sub>2</sub>-Abgabe zur Diskussion steht, dann schalten sich auch eine Erdölvereinigung, ein TCS, ein Hauseigentümerverband oder ein Konsumentenschutz in die Diskussion ein. Die Betroffenheit ist entscheidend.

### **«Grosse, revolutionäre Ideen haben es schwer in der Schweiz.»**

### ***Müsste der Bundesrat nicht energischer darauf hinarbeiten, internationale Bestimmungen national zu verankern?***

Das funktioniert so nicht, und dafür gibt es ein schönes Beispiel: Nach der Umweltkonferenz von Rio 1992 kehrte der damalige Umweltminister und Bundesrat Flavio Cotti heim und wollte eine CO<sub>2</sub>-Steuer einführen. Die Schweizer Wirtschaft und gewisse Parteien haben sich dermassen lautstark entrüstet, dass der Prozess für eine Gesetzesvorlage gar nicht erst eingeleitet wurde. Sie sehen: Grosse, revolutionäre Ideen haben es schwer in der Schweiz.

### ***Aber die Coronakrise hat gezeigt: Der Bundesrat kann scharfe Massnahmen ergreifen, um die Bevölkerung zu schützen. Sollte er für die Klimakrise nicht ähnliche Befugnisse haben?***

Die beiden Krisen unterscheiden sich in zwei wichtigen Merkmalen: in der Art der Betroffenheit und im Zeithorizont. Die Politiken, die vom Bundesrat angeordnet wurden, liessen sich nicht nur umsetzen, weil die Bevölkerung an den Befehl von oben glaubt, sondern auch weil sich die Leute tatsächlich persönlich be-



Im Januar 2018 beteiligten sich viele Junge am Klimastreik. Werden sie gehört – ernst genommen?



Die Alternativen an der Klimademo im April 2019 in Zug. Junge und Reifere kämpfen basisdemokratisch um ihre Interessen.

troffen fühlten. Betroffenheit verhilft einer Politik zum Erfolg. Sie ist beim Klimawandel noch immer zu wenig gross. Dasselbe gilt für den Zeithorizont: Die Klimakrise ist langfristig, die wirklich schlimmen Auswirkungen werden in einigen Jahren und Jahrzehnten erwartet. Viele der Entscheidungstragenden sind über 60 oder 70 Jahre alt und sind davon sowieso nicht mehr betroffen. Bei Covid-19 hingegen ist die Krise unmittelbar und akut. ■

#### **Quelle**

Horizonte-magazin.ch

Karin Ingold ist Professorin am Institut für Politikwissenschaft der Universität Bern und mit dem Oeschger Zentrum für Klimaforschung sowie dem Departement für Umweltssozialwissenschaften der Eawag assoziiert.



# Freiheit im 21. Jahrhundert

Grünspecht – ein kritischer Vogel

24

**Den Parteien in den westlichen Demokratien ist gemeinsam, dass sie für eine bestimmte Ausrichtung stehen. Diese drückt sich oft schon im Namen aus, mit Fragezeichen.**

Parteien sind ein kompliziertes Gebilde, sie sind aber auch manchmal ganz einfach einzuordnen – nämlich anhand der vertretenen Werte und Ausrichtungen. Äusseres Zeichen dieser Ausrichtung ist der Name. In der Kürze des Namens spiegelt sich der Kern: Die FDP-Liberalen stehen



für die Freiheit, die CVP für christliche Werte, die SP für das Soziale, die SVP für das Konservativ-Nationale und die Grünen für die Umwelt. Was passiert mit Parteien, deren zentrale Aufgaben und Forderungen erfüllt sind? Die CVP, respektive ihre Vorgängerpartei (KK), hatte die Aufgabe, die Verlierer des Sonderbundskrieges mit dem neuen Bundesstaat zu versöhnen. «Mission accomplished» würde ein amerikanischer Präsident dazu sagen. Deshalb wohl auch die Vorstellung, mit der Namensänderung in «Die Mitte» könnte die Partei mit einer neuen Aufgabe, mit dem permanenten Kompromiss, gefüllt werden. Interessant auch – die «Partei» kommt nicht mehr vor,

dafür die Worte «Freiheit, Solidarität, Verantwortung». Also von allem ein bisschen.

Auch die SVP steckt in der Zwickmühle; denn inzwischen haben alle Parteien das Schweizerische entdeckt und auch konkretisiert. So bleibt der SVP nur noch das Konservativ-Nationale in Form von «Nein»-Sagen und «Anti-EU».

## Die FDP ist auf der Sinnsuche ...

Die FDP, die Partei der Freiheit, ist seit Jahren auf der Sinnsuche. Denn die Freiheit der Bürgerinnen und Bürger muss nicht mehr gegen irgendwelche Diktatoren oder andere Mächte verteidigt werden. Der Kalte Krieg ist vorbei, nirgends droht die Unfreiheit. Also ebenfalls «mission accomplished». Nach der klaren Abwahl von FDP-Regierungsrat Christian Amsler im Kanton Schaffhausen hat es ein Kommentarschreiber im «Tages-Anzeiger» auf den Punkt gebracht: «Die FDP hat ihre historische Mission erfüllt. Der liberale Rechtsstaat ist Fakt, heute müssen wir weiterdenken.»

Weiterdenken? Angefangen hat die Orientierungslosigkeit mit dem Slogan «mehr Freiheit, weniger Staat». Der von der FDP geschaffene und über ein Jahrhundert lang geprägte Bundesstaat wird auf einmal zum «Feindbild» erklärt. Die Idee der Freiheit verkommt zur Ideologie des maximalen Profits für sich und seine Klientel. Gemeinschaft und Solidarität werden zum Schimpfwort. In dieser Ideologie ist die FDP gefangen, wie die aktuelle Nein-Parole zum Vaterschaftsurlaub beweist. Der kleine familienpolitische Fortschritt hin zur Gleichstellung wird abgelehnt; die EO ist ja schliesslich eine staatliche Versicherung und der Staat

ist grundsätzlich «böse». Wie sich die Nein-Parole mit der Zielsetzung im Parteiprogramm «Vereinbarkeit von Beruf und Familie ermöglichen» vereinbaren lässt, bleibt wohl Petra Gössis Geheimnis.

## Steuerwettbewerb statt Chancengleichheit

Die NZZ schrieb nach dem Wahldebakel der FDP in der Stadt Winterthur und dem Verlust eines Sitzes in der Exekutive von den «alten liberalen Tugenden in der Finanz- und Wirtschaftspolitik», die nun durch den Erfolg der GLP gefährdet seien. Der Grünspecht fragt sich, was denn diese sogenannten «Tugenden» (falls man sie überhaupt so nennen darf) in Wirklichkeit sind. Ein Blick in die FDP-Programme bringt Klarheit: «Wir kämpfen für Westeuropas einfachste und tiefste Steuern für Bürgerinnen, Bürger und Unternehmen.» Der nationale und der internationale Steuerwettbewerb sind nun die heiligen Kühe der FDP. Ob dabei Menschen und die Natur hier und auf der Welt auf der Strecke bleiben, kümmert die Schweizer Freisinnigen eher weniger. Darum kämpfen sie ja so vehement gegen die Konzernverantwortungs-Initiative.

Die Verteidigung des eigenen Wohlstands und der Privilegien mutiert zum einzigen Zweck. Darum schreibt der Grünspecht den Liberalen ein Zitat des deutschen Schriftstellers und Denkers Johann Gottfried Seume (1763–1810) ins Stammbuch: «Die wahre Freiheit ist nichts anders als Gerechtigkeit.» Die FDP ist meilenweit von der Freiheit von Seume und von der Freiheit der Menschen des 21. Jahrhunderts entfernt. ■



Inzwischen sind wir alle Expertinnen oder Experten für Epidemien, kritisieren Massnahmen und machen uns lustig über Bundesrat, BAG und Gesundheitsdirektionen. Fehler, die bei der Bewältigung einer noch nie dagewesenen Pandemie unweigerlich passieren, werden sofort zu Skandalen aufgebauscht. Wenn alle Beteiligten aus Fehlern lernen, werden wir es schaffen, trotz nörgelnden Besserwissers. ■

Wie bitte? Im Velojournal wird über die Zunahme von E-Bikes berichtet. Und fast ein wenig stolz (ich finde nirgends eine kritische Frage) der Anstieg bei E-Mountainbikes (mehr als ein Drittel der 2019 verkauften E-Bikes) erwähnt. Brauchen wir das? ■

Nochmals Velo: In der Beschreibung der Fahrt von Oberwil nach Zug sowohl im Schwachstellenkatalog von Pro Velo wie auch im Bericht der «Zuger Zeitung» fehlt etwas. Der Belag auf dem Trottoir der Artherstrasse ist in einem katastrophalen Zustand, Radfahrende werden durchgeschüttelt und gerüttelt. Für eine Autospur würde man diesen Zustand nie akzeptieren. Meine Intervention beim Velophon 2017 beantwortete das Kantonale Tiefbauamt mit dem Hinweis auf eine Sanierung 2019. Kürzlich habe ich nachgefragt. Die Antwort kam prompt.

Neue Projektleitung, neue Termine, erweitertes Projekt: Realisation voraussichtlich 2024. Also nochmals ein paar Jahre auf der Rumpelpiste. ■

Geschwindigkeitsbeschränkungen im Strassenverkehr braucht es, aber bitte nicht überprüfen, ob die zulässige Geschwindigkeit eingehalten wird, sonst kommt mindestens eine «kleine Anfrage» der SVP im Kantonsrat. Und wo keine gravierenden Unfälle passiert seien, müsse man sicher nicht kontrollieren. ■

Hier noch eine Verkehrsmeldung: Auf der A1 zwischen Bern Wankdorf und Grauholz Gefahr durch einen Besen auf der Fahrbahn. NEIN. Zwischen Zug Casino und Zug Mänibach Gefahr durch einen Kleinlaster auf dem Radstreifen. ■

Das hatten wir doch schon einmal: Zug ist Spitze bei den übermotorisierten Autos. Nun haben wir auch noch in einer weiteren Rangliste einen Spitzenplatz erobert: ZugerInnen kaufen die teuersten Neuwagen! Alles klar? ■

Kantonsrat Riboni aus Baar lobt Bund und Kanton für beschlossene und vorgeschlagene Steuererleichterungen (vor allem für Wohlhabende), drischt dann aber auf die Baarer Exekutive ein, weil sie eine neue Gebührenordnung für Parkplätze plant.

Das teuerste Auto kaufen (s. oben) und dann kämpfen gegen Parkgebühren? ■

Was haben Kampfflugzeuge mit Käse zu tun? Eine Tilsiter-Werbung, welche ich bisher offenbar verpasst hatte, zeigt ein schönes Bild eines Fahenschwingers, der Text dazu «Üsi Luftwaffe», daneben Käse, Holzkühe, «Üse Chäs». Endlich wieder einmal Freude beim Durchblättern eines Presseerzeugnisses. Darf wohl diese Werbung weiterhin publiziert werden? ■

Atomausstieg ist möglich, wirtschaftlich und sozial verträglich, mit den heute verfügbaren technischen und finanziellen Mitteln. Diese Bilanz hat das Nationale Forschungsprogramm Energie des SNF (NFP 70 und 71) gezogen. Mehr als 300 Forschende erarbeiteten zahlreiche Innovationen und Erkenntnisse, damit die Energiestrategie 2050 des Bundes umgesetzt werden kann. Für derartige interessante Ergebnisse aus Forschungsprogrammen empfehle ich die regelmässige Lektüre des Magazins «Horizonte». ■

«Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft». Art. 2 Absatz 2: «Sie fördert die gemeinsame Wohlfahrt, **die nachhaltige Entwicklung**, den inneren Zusammenhalt und die kulturelle Vielfalt des Landes.» Ebenda in Absatz 4: «Sie

setzt sich ein für die **dauerhafte Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen** und für eine friedliche und gerechte internationale Ordnung.» Unsere Jungen sind schon dran. Sie kritisieren den Klimaplan der Grünen als mutlos und sagen klar, netto Null CO<sub>2</sub> ist 10 Jahre zu spät. Sehr gut. Inzwischen taut der Permafrost in Sibirien auf, Häuser, Verkehrswege, ganze Städte drohen zu versinken. An die Arbeit Grüne! ■

Auch beim Mobilitätskonzept, das der Kanton Zug erarbeitet, wollen sich die aktiven Jungen noch einbringen. Sie fordern konkrete Massnahmen statt nur vage formulierte Empfehlungen. Dranbleiben, nicht nachlassen! ■

Wieder einmal lachen? Um die Zunahme der Zuger Zahlungen in den Finanzausgleich zu illustrieren, präsentierte die «Zuger Zeitung» auf der Frontseite eine Grafik: Der Unterschied zwischen den beiden dargestellten Säulen beträgt 0,363 Prozent, in der Grafik also 0,13 Millimeter. Beeindruckend. ■



26

**Camille**

Montag, 12. Oktober  
20 Uhr Kino Gotthard Zug

Camille Lepage war bereits mit 26 Jahren eine begehrte Fotojournalistin. Ihre Fotos aus dem Zentralafrikanischen Bürgerkrieg gingen um die Welt. Mut und echtes menschliches Interesse zeichneten sie aus, auf ihrer Suche nach der Wahrheit, die sie 2014 mit dem Leben bezahlte. Boris Lojkines Film ist eine intensive Hommage an diese ausserordentliche Frau. Die Dreharbeiten vor Ort und die integrierten Fotos von Camille lassen den Zuschauer unmittelbar am Geschehen teilhaben. Ein Film, der lange nachwirkt und die Frage aufwirft, wie weit Fotojournalismus gehen darf und soll. Fotojournalist Dominic Nahr ist anwesend für Q&A.

**Nuestras Madres**

Montag, 9. November  
20 Uhr Kino Gotthard

Ernesto ist Forensiker in Guatemala. Er setzt Skelette aus Massengräbern zusammen, um die namenlos verscharrten Opfer des Bürgerkriegs zu identifizieren. Als eine ältere Frau ihm ein Foto von verschollenen Männern ihres Dorfes zeigt, glaubt er, Züge seines Vaters zu erkennen. Er begibt sich in das Dorf, wo ein weiteres Massengrab vermutet wird und will den Frauen Gehör verschaffen. César Diaz gelingt ein Film voll emotionaler Kraft und würdevoller Schönheit, der zutiefst bewegt und in Cannes als bestes Erstlingswerk mit der Caméra d'Or ausgezeichnet wurde. Mit Saalgespräch.

**Volunteer**

Montag, 14. Dezember  
20 Uhr Kino Gotthard

In der reichen und sicheren Schweiz lassen Bürger mit unterschiedlichen Hintergründen ihr geordnetes Leben zurück, um tausenden von gestrandeten Flüchtlingen in Griechenland zu helfen. Ein Schweizer Bauer und seine Frau, die Kühe in den Alpen züchten, ein Hauptmann der Schweizer Armee, eine Pensionärin, die am Seeufer residiert, und ein erfolgreicher Entertainer. Das Erlebte wird ihr Leben für immer verändern. Ein Blick auf die immer noch präsente Flüchtlingskrise aus anderer Perspektive. Lorenz Nufer und Anna Thommen sind anwesend für Q&A.



Freundliche Grüsse  
Elke Mangelsdorff  
FLIZ FilmLiebhaberInnen  
Zug

**Mittwoch, 7. Oktober 2020****Alternative Monatsbar im Siehbachsaal Zug**

Gute Gespräche und feines Essen. Ab 18.30 Uhr

**Donnerstag 29. Oktober 2020****Operation Crypto. Die Schweiz im Dienste von CIA und BND, Siehbachsaal Zug**

von 20 bis 22 Uhr, anschliessend offene Diskussion mit Chris Blumer, die Tochter des 1992 im Iran inhaftierten Crypto-Verkaufsingenieurs Hans Bühler; Res Strehle, dessen Buch «Operation Crypto. Die Schweiz im Dienste von CIA und BND» diese Woche im Echtzeit Verlag erschienen ist; Josef Lang, alt Nationalrat, Historiker und jahrzehntelanger Crypto-Kritiker.

**Mittwoch, 3. November 2020****Alternative Monatsbar Input zum Referendum Zuger Steuergesetz im Siehbachsaal Zug**

Gute Gespräche und feines Essen. Ab 18.30 Uhr

**Film «Der Ast, auf dem ich sitze» läuft an verschiedenen Festivals!**

Im Rahmen des Zürich Filmfestival in der Reihe «Special Screening»

**Dienstag, 29. September 2020**

8:30 Uhr, Kino Corso 3

**Sonntag, 4. Oktober 2020**

14:45 Uhr, Kino Kosmos 5

**Dienstag, 6. Oktober 2020**

an der Cologne Conference in Köln, in der Reihe «Made in NRW». Zeit noch offen

**Donnerstag, 22. Oktober 2020**

an den Zuger Filmtagen, 20 Uhr

**LeserInnenmeinung**

Das BULLETIN ist auch eine Plattform für Briefe, Kommentare, Meinungen von Leserinnen und Lesern.

Ganz einfach: Mail an [bulletin\\_redaktion@bluewin.ch](mailto:bulletin_redaktion@bluewin.ch)

Wir freuen uns auf Zuschriften!





**Mittwoch, 2. Dezember 2020**  
**Alternative Monatsbar**  
**im Siehbachsaal Zug**  
 Gute Gespräche und feines  
 Essen. Ab 18.30 Uhr

**Montag, 14. Dezember 2020**  
**Film «Der Ast, auf dem ich**  
**sitze» wird bei 3SAT ausge-**  
**strahlt.** Zeit noch unbekannt.

**Dienstag 2. Februar 2021**  
**Veranstaltung zum Demo-**  
**kratie-Buch**  
 Bibliothek Zug, mit Monika  
 Dommann (Professorin Uni  
 ZH) und Elisabeth Joris (DIE  
 feministische Historikerin)

**Tagesaktuelle Übersicht der**  
**Veranstaltungen finden Sie**  
**unter: [gruene-zug.ch/event](http://gruene-zug.ch/event)**

## Die Alternativen im Kanton Zug

**Alternative – die Grünen  
Zug**  
 Metallstrasse 5, 6300 Zug  
 041 711 99 09  
[www.alternative-zug.ch](http://www.alternative-zug.ch)  
[info@alternative-zug.ch](mailto:info@alternative-zug.ch)

Öffnungszeiten Sekretariat:  
 Montag- Dienstag am  
 Nachmittag  
 Freitag den ganzen Tag

**Alternative – die Grünen  
Baar**  
 Anna Lustenberger-Seitz  
[info@alternative-baar.ch](mailto:info@alternative-baar.ch)

**Alternative – die Grünen  
Menzingen**  
 Barbara Beck-Iselin  
[b.beck-iselin@bluewin.ch](mailto:b.beck-iselin@bluewin.ch)

**Alternative – die Grünen  
Unterägeri**  
 Cornelia Mayinger  
[cornelia.mayinger@datazug.ch](mailto:cornelia.mayinger@datazug.ch)

**Alternative – die Grünen  
Stadt Zug**  
 Metallstrasse 5, 6300 Zug  
[info@alternative-stadt.ch](mailto:info@alternative-stadt.ch)

**Forum Oberägeri**  
 Philipp Röllin  
[roellin.ph@bluewin.ch](mailto:roellin.ph@bluewin.ch)

**Grünes Forum Hünenberg**  
 Rita Hofer  
[rita\\_hofer@bluewin.ch](mailto:rita_hofer@bluewin.ch)

**Grüne Risch-Rotkreuz**  
 (ehemals Gleis 3 Alternative  
 Risch)  
 Hanni Schriber-Neiger  
[hanni@schribers.ch](mailto:hanni@schribers.ch)

**Grüne Steinhausen**  
 Edith Seger Niederhauser  
 Postfach 123  
 6312 Steinhausen  
[steinhausen@gruene-zug.ch](mailto:steinhausen@gruene-zug.ch)

**Junge Alternative Zug**  
 Konradin Franzini und  
 Gurbetelli Yener  
 Metallstrasse 5, 6300 Zug  
[junge@alternative-zug.ch](mailto:junge@alternative-zug.ch)

**Krifo Alternative Cham**  
 Roman Ambühl  
[cham@alternative-zug.ch](mailto:cham@alternative-zug.ch)

**Alternative Grüne  
Fraktion im Kantonsrat**  
[alternativefraktion.ch](http://alternativefraktion.ch)

**Grüne Partei Schweiz**  
[gruene.ch](http://gruene.ch)



**Facebook**  
[fb.com/AlternativeZug](https://fb.com/AlternativeZug)



**Twitter**  
[@AlternativeZG](https://twitter.com/AlternativeZG)



**Instagram**  
[@alternativegruene](https://www.instagram.com/alternativegruene)



**WhatsApp-Newsletter**  
 Sende deinen Namen per  
 WhatsApp an 079 519 81 91



Namentlich gezeichnete Artikel unterliegen der alleinigen Verantwortung der AutorInnen. Die Inhalte der Artikel entsprechen nicht in jedem Fall der Meinung des Vorstands oder der Fraktion der Alternativen – die Grünen.

**BULLETIN**  
 Bulletin Nr. 3, 26.9.2020  
 erscheint viermal jährlich.

**Herausgeber:**  
 Verein DAS BULLETIN

**Adresse:**  
 BULLETIN Alternative –  
 die Grünen Kanton Zug,  
 Metallstrasse 5, 6300 Zug

**Redaktion:**  
 Natalie Chiodi, Luzian  
 Franzini, Hansjörg Glauser  
 Hansruedi Küttel, Lorenzo  
 Martinoni

**Kontakt:**  
[bulletin\\_redaktion@bluewin.ch](mailto:bulletin_redaktion@bluewin.ch)

**Lektorin:** Kathrin Graffe

**Gestaltungskonzept:**  
 S.H.E.D. GmbH

**Produktion:**  
 Satz, Bild und Druck:  
 DMG Zug, [dmg.ch](http://dmg.ch)

Gedruckt auf Refutura GSM,  
 100% Altpapier, Blauer  
 Engel, FSC-zertifiziert

**Titelbild:** Andreas Busslinger

**Nutzaufgabe:** 800 Ex.

Abonnement: Fr. 25.–  
 KleinverdienerInnen: Fr. 10.–  
 Unterstützungsabo: Fr. 50.–

Mitglieder der Junge Grünen  
 erhalten das BULLETIN gratis  
 Mitgliederbeitrag Verein  
 DAS BULLETIN: Fr. 100.–

**Einzahlungen auf:**  
 Verein DAS BULLETIN,  
 6304 Zug, PC 60-30584-6

**Redaktionsschluss**

**Nr. 4/2020:**  
 Freitag, 20. November 2020

**Erscheinungsdatum**  
 Samstag, 12. Dezember 2020

**DAS BULLETIN**  
[bulletin-zug.ch](http://bulletin-zug.ch)



P.P. 6300 ZUG Post CH AG

Adressberichtigungen melden:  
Alternative - die Grünen Zug,  
Metallstrasse 5, 6300 Zug  
[info@alternative-zug.ch](mailto:info@alternative-zug.ch)

